

ALBANISCHE HEFTE

1/2005

Kann Albanien Nordkorea erklären? Überlegungen zu Phänomenen peripherer Sozialismus-Modelle (Teil 2)

Im Gespräch

Bajram Kosumi
Ministerpräsident des Kosovo

Ardian Klosi
Geschäftsführer der
Robert-Shvarc"-Gesellschaft

Manfred Grunenberg
Leiter der Musikschule Bochum

Zeitläufe

Norbert Jokl -
ein Opfer des Nationalsozialismus
wird gewürdigt

34. Jahrgang - 1. Quartal - 3,50 €

ISSN 0930-1437

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus & über Albanien

Reiseprojekte der DAFG

Nach längerer Unterbrechung möchte die DAFG interessierten Mitgliedern wie auch sonstigen Albanien-Interessierten die Möglichkeit anbieten, das Land im Rahmen einer Rundreise zu bereisen. Die vorgesehenen Programme bieten die Gelegenheit, bekannte Orte kennenzulernen oder wieder zu erkunden und gleichzeitig eine Reihe neuer Sehenswürdigkeiten zu entdecken, die bislang in den Reiseprogrammen fehlten. Für die beiden angebotenen Programme haben wir bewußt unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und uns jeweils auf eine Region konzentriert, da nur so auch die notwendige Zeit für die neuen „Schmankerln“ zur Verfügung steht. Es stehen nicht nur landschaftliche Schönheiten oder archäologische Highlights auf dem Programm, in Gesprächen mit kompetenten albanischen Partnern und Besichtigungen von Betrieben bzw. Institutionen werden auch Einblicke in die gegenwärtige Entwicklung Albanien gegeben. Die Intensität des Reiseerlebnisses steht im Vordergrund, daher ist eine gewisse Flexibilität der Reisegruppe bei den geplanten Programmschwerpunkten und Neuerungen vonnöten. Daher ist die Teilnehmerzahl auch begrenzt. Es ist geplant, daß beide Reisen von Bodo Gudjons, dem Vorsitzenden der DAFG, geführt werden.

Albanien zum (wieder) Kennenlernen – Schwerpunkt Süden – 9-tägige Rundreise

Ein Programm, das „klassische“ Sehenswürdigkeiten mit einer Reihe von neuen Programmpunkten verbindet, die auch denen meist unbekannt sind, die früher bereits Albanien bereist haben.

1. Tag: Linienflug nach Rinas, Transfer zum Hotel. Nachmittags Stadtbesichtigung Tirana.
2. Tag: Tirana Vormittag zur freien Verfügung, nachmittags Ausflug nach Kruja (mit Abstecher nach Zgërdhesh oder Aufstieg nach Sari Salltëk)
3. Tag: Tirana - Apollonia - Berat, ÜB.
4. Tag: Berat – Gjirokastra, ÜB. Fahrt von Berat via Ballsh, dort Abstecher nach Byllis. Weiter über Tepelena nach Gjirokastra.
5. Tag: Gjirokastra – Saranda, ÜB. Fahrt nach Libohova und Sofratika, dann über den „Breiten Berg“ mit kurzem Stopp in Mesopotam nach Saranda.

6. Tag: Saranda – (Butrint) - Vlora, ÜB. Vormittags: Butrint Nachmittags: Fahrt entlang der „albanischen Riviera“ über Borsh, Qeparo (Halt in Porto Palermo), Himara, Dhërmi, Llogara-Paß, Orikum nach Vlora.

7. Tag: Vlora - Durrës ÜB.

Vlora: Stadtbesichtigung Fahrt zur Burg von Kanina, anschließend Abstecher nach Zvërnec an der Lagune von Narta.

8. Tag: Durrës – Tirana, ÜB.

9. Tag: Tirana: Vormittag zur freien Verfügung, am Nachmittag Rückflug nach Frankfurt.

Termin: 03.09. - 11.09.2005

Teilnehmerzahl: mind. 10, max. 15

Preis: 1.195,00 Euro

(Zuschlag für EZ ca. 100 – 150 Euro)

Anmeldeschluß: 15.07.2005

Albanien unbekannter Osten – 9-tägige Rundreise

Ein Programm, das die landschaftlichen Schönheiten des wenig bekannten Ostens Albanien mit einem Abstecher nach Mazedonien verbindet:

1. Tag: Direktflug Frankfurt – Tirana, Linienflug nach Rinas, Transfer zum Hotel. Nachmittags: Stadtbesichtigung Tirana

2. Tag: Tirana Stadtbesichtigung, Nachmittags Ausflug nach Kruja

3. Tag: Tirana - Ohrid, ÜB. Über den Krraba-Paß fahren wir nach Elbasan, kurze Stadtbesichtigung. Durch das Tal des Shkumbin geht es parallel zur alten Via Egnatia zum Ohrid-See, wo wir zunächst einen kurzen Abstecher zu dem kleinen Fischerdörfchen Lin am Nordwestufer des Sees machen. Dort in der Nähe besteht die Gelegenheit zur Besichtigung der Reste einer frühchristlichen Basilika. Am späten Nachmittag geht es dann weiter in das malerische Ohrid auf der mazedonischen Seite des gleichnamigen Sees.

4. Tag: Ohrid – Pogradec, ÜB. Von Ohrid aus geht es den See entlang über Gorica Richtung albanische Grenze mit einem Abstecher die Serpentina hinauf zum Preslap-Paß inmitten des Galicica-Nationalparks. Von dort wieder denselben Weg hinunter zum Kloster Shën Naum unmittelbar vor der Grenze. Nach der Besichtigung des Klosters geht

es über Tushemisht nach Pogradec, ÜB.

5. Tag: Pogradec – Korça, ÜB. Die reine Fahrtstrecke von Pogradec nach Korça beträgt nur ca. 40 km, wir machen aber einen Abstecher zum großen Prespa-See. Die Fahrt bis Liqenas ist wegen schwieriger Wegstrecke nicht gerade komfortabel, aber der Umweg entlohnt mit grandioser Natur. ÜB. in Korça

6. Tag: Korça – Dardha: Über Drenova und Boboshtica führt die heutige Etappe nach Dardha, einen kleinen Ort inmitten großer Waldgebiete. Gelegenheit zur Wanderung in herrlicher Umgebung.

7. Tag: Korça – Voskopojë, ÜB. Heute steht Voskopojë auf dem Programm, ein kleiner Ort mit großer Geschichte, im Mittelalter eine der bedeutendsten Städte des Balkans.

8. Tag: Korça – Tirana, ÜB. Rückfahrt über Pogradec, Elbasan nach Durrës. Dort Besichtigung der Stadt mit Amphitheater, Am Abend Weiterfahrt nach Tirana, ÜB.

9. Tag: Tirana: Nach dem Mittagessen Transfer nach Rinas und Rückflug nach Frankfurt.

Termin: 01.10. – 09.10.2005

Teilnehmerzahl: mind. 10, max. 15

Preis: 1.195,00 Euro

(EZ-Zuschlag ca. 100 – 150 Euro)

Anmeldeschluß: 15.08.2005

Änderungen im Programmablauf vorbehalten! Je nach Möglichkeit können besondere Wünsche mit Zustimmung aller TeilnehmerInnen noch vor Ort aufgenommen und realisiert werden.

Im Reisepreis eingeschlossen sind jeweils folgende Leistungen: Linienflüge von/nach Frankfurt - Einreise- und Flughafensteuer - Transfers u. Rundfahrt mit landesüblichem Bus - Übernachtung /HP in albanischen Mittelklassehotels im DZ mit Du/WC - Programmkosten u. Eintrittsgelder - Reiseleitung durch einen erfahrenen deutschen (albanisch-sprachigen) Reiseleiter - Informationspaket -

Ein Faltblatt mit ausführlichen Informationen kann auf der Homepage der DAFG (www.albanien-dafg.de) heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle der DAFG angefordert werden:
DAFG - Postfach 10 65 05
44705 Bochum
dafg@albanien-dafg.de

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

langjährige LeserInnen sind den Kummer ja schon gewohnt: trotz aller guten Vorsätze erscheint diese Ausgabe mal wieder mit Verspätung. Der Grund ist eine Umstellung im technischen Prozess, die erheblich mehr Schwierigkeiten bereitet hat, als wir voraus gesehen hatten. Für diese Verzögerung bitten wir alle LeserInnen der AH vielmals um Entschuldigung!

Wenn Sie diese Ausgabe der „Albanischen Hefte“ in den Händen halten, dann sind in Albanien die Parlamentswahlen bereits gelaufen. Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist aber schon erheblich früher gewesen, so dass wir Ihnen leider keine exakten Ergebnisse mitteilen können. Wir haben aber - quasi schon in der Druckerei - wenigstens eine Seite ausgetauscht und durch eine erste Einschätzung der Wahlen ersetzt. (S. 28)

Nachdem sich die beiden großen Parteien, die Sozialistische und die Demokratische Partei, ja schon Monate vor dem eigentlichen Urnengang zu Wahlsiegern erklärt hatten, musste der 3. Juli die Entscheidung bringen. Und auch in der Wahnacht beanspruchten sowohl die regierenden Sozialisten wie auch die Opposition den Wahlsieg. Doch mit den ersten Auszählungen wurde offenbar: Die Zeit war, ganz nach dem Motto der Demokratischen Partei „koha për ndryshim“, offensichtlich reif für den Wandel.

Die Wahlen sind glücklicherweise – bis auf einige allerdings dramatische Zwischenfälle - sehr ruhig verlaufen; doch auch wenn viele Wahlbeobachter von den bislang „freiesten und fairsten“ sprechen, lautet das Urteil der OSZE-Beobachter eher ernüchternd: „internationale Standards sind teilweise eingehalten worden...“

Und diejenigen, die sich schon seit Monaten als die sicheren Gewinner der Wahlen wähnten, nun aber den für sie bitteren Machtverlust realisieren müssen, zweifeln die Wahlergebnisse an, fordern die Wiederholung der Stimmauszählung. Das alles dürfte nichts an der Grundentscheidung der albanischen WählerInnen ändern, aber die Bildung der neuen Regierung wird sich entsprechend verzögern.

Der neue – alte – starke Mann, Sali Berisha, hat bereits angekündigt, die Verwaltung brauche keine grundlegende Umwälzung zu befürchten, wie sie bislang nach jedem Machtwechsel bis in die untersten Verwaltungsebenen hinein an der Tagesordnung war. Radikale Reformen und konsequente Bekämpfung von Korruption und Kriminalität hat er angekündigt. Bleibt zu hoffen, dass dies nicht wieder nur leere Worte bleiben.

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: Januar - April 2005

Magazin

- 08 Nachrichten aus Albanien

Zeitläufe

- 12 **Kann Albanien
Nordkorea erklären?**

Überlegungen zu Phänomenen
peripherer Sozialismus-Modelle
(Fortsetzung aus AH 4-2004)



- 24 **Norbert Jokl - ein Opfer des
Nationalsozialismus wird gewürdigt**

Im Gespräch

- 18 Bajram Kosumi
Ministerpräsident des Kosovo
- 20 Ardian Klosi,
Geschäftsführer der
Deutsch-Albanischen
Kulturgesellschaft „Robert-Shvarc“
- 22 Manfred Grunenberg,
Leiter der Musikschule Bochum

Aus der DAFG

- 29 Impressum
Kontaktadressen

Titel:

Konzert der Musikschule Bochum in Tirana,
Foto: Desar Sulejmani

Rückseite

Bucht von Kakome, Foto: Jochen Blanken

■ Januar 2005

4. Religiöse Schulen geschlossen:

Das Bildungsministerium schließt 12 religiöse Schulen und Kindertagesstätten, die zu insgesamt 87 Bildungseinrichtungen gehören, denen keine Zulassung erteilt wurde; sie hatten gegen Lehrpläne und schulrechtliche Vorschriften verstoßen und z.T. nur in Fremdsprachen unterrichtet.

5. Staatstrauer: Die Regierung erklärt den 5. Januar zum Trauertag für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien.

6. Sozialdemokraten allein in die Wahl?:

PSDSH-Chef Skënder Gjinushi kündigt an, dass seine Partei Flächen deckend und ohne Wahlabsprachen mit der PSSH zu den Parlamentswahlen antreten wird; damit sei auch die Diskussion um eine Kabinettsumbildung gegenstandslos, für die im Dezember der letzte Zeitpunkt gewesen sei.

6. Hoxha kein Veteran?: Verteidigungsminister Majko hebt eine Entscheidung der Veteranen-Kommission beim Präsidenten auf, Enver Hoxha den Veteranenstatus zuzuerkennen, womit seine Familie Anspruch auf eine Zusatzrente gehabt hätte. Seine Witwe Nexhmije hält die Vorschriften, wonach drei Zeugen seine Kriegsteilnahme bestätigen müssten, für absurd angesichts der Tatsache, dass Hoxha Oberkommandant der Partisanen war.

7. Spannungen in Südserbien:

Nachdem serbische Grenzposten den 16jährigen Albaner Dashnim Hajrullahu erschossen, der von einem Besuch in Makedonien illegal die Grenze passieren wollte, kommt es zu heftigen Massenprotesten und Forderungen nach internationalem Eingreifen und dem Abzug serbischer Polizei- und Armeeeinheiten gefordert.

7. Verfassungsgericht zur Wahlkreiserteilung:

Auf Antrag der PSDSH erklärt das Verfassungsgericht die Berechnungsgrundlage auf Grund der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2003 für die Wahlkreisgröße für verfassungswidrig. Das Gericht sieht demographische Veränderungen dadurch nicht berücksichtigt.

9. Medizinstudenten aus Tetovo an andere Universitäten:

Die Wissenschaftsminister von Makedonien, Aziz Pollozhani, Albanien, Luan Memushi, und Kosovo, Agim Veliu,

vereinbaren eine Überweisung der Medizinstudenten an der nicht legalisierten Fakultät der Universität Tetovo an die Universitäten Skopje, Tirana und Prishtina.

10. Wahlrechtsänderung verabschiedet:

Das Parlament nimmt mit breiter Mehrheit (92:10 Stimmen bei 5 Enthaltungen) die Änderungen des Wahlrechts an. Die kleinen Parteien lehnen das Gesetz ab, da es ihre Kontrollmöglichkeiten einschränkt. Als spätestester möglicher Wahltermin, den der Präsident festsetzt, gilt der 19. Juni.

13. PSSH verschiebt Parteitag:

Der Vorstand der Sozialisten verschiebt den auf den 29.1. angesetzten 7. Parteitag auf den April; gleichzeitig lehnt Nano die von vielen Seiten geforderte Kabinettsumbildung ab.

18. UNMIK räumt Serbien volle Mitsprache ein:

UNMIK-Chef Jensen Petersen erklärt, dass Serbien als gleichberechtigte Partei an den Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos – und nicht nur als Beobachter – teilnehmen wird. Er weist den Vorwurf zurück, die Engpässe bei der Stromversorgung würden gezielt zu Lasten serbischer Gemeinden in Kosovo gehen.

20. Geheimdienstchef Hysenaj gestorben:

Kujtim Hysenaj, seit 2002 Chef des Inlandsgeheimdienstes SHISH, stirbt an einer schweren Krankheit. Der 1947 geborene Hysenaj hatte eine lange Diplomatenkarriere hinter sich und war um eine Entpolitisierung des Geheimdienstes bemüht.

21. Katholische Universität:

In Tirana wird die katholische Privatuniversität „Unsere Liebe Frau von Guten Rate“ in Anwesenheit hoher Repräsentanten Albaniens und Italiens feierlich eröffnet. Sie wird von einer Stiftung unter Beteiligung mehrerer italienischer Hochschulen getragen. Sie hat zunächst vier Fakultäten (Medizin, Jura, Wirtschaft, Politikwissenschaft) und hat im ersten Semester 200 Studierende und 50 albanische und italienische Dozenten.

22. Opposition: Die Bewegung für Nationale Entwicklung des Thronprätendenten Leka Zogu teilt mit, sie werde endgültig allein, ohne ein Wahlbündnis mit anderen Oppositionsparteien antreten. -

24. ICG für Unabhängigkeit Kosovo:

Die International Crisis Group,

eine NGO zur Krisenprävention, der viele ehemalige Politiker und Diplomaten angehören, spricht sich für eine schnelle Unabhängigkeit Kosovos aus; der neue Staat müsse zum Schutz der Minderheiten verpflichtet werden und dürfe sich nicht an Albanien anschließen.

25. Serbischer Minister in Kosovo-Regierung:

Slavisa Petkovic von der Serbischen Bürgerinitiative nimmt das Angebot des kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj an, Minister für die Rückkehr von Flüchtlingen und für nationale Gemeinschaften zu werden. Die Serben hatten die Parlamentswahl fast geschlossen boykottiert, doch stehen ihnen 10 reservierte Mandate zu.

27. Größere Fraktionen:

Das Parlament beschließt mit der knappen Mehrheit von 54 gegen 30 Stimmen bei 11 Enthaltungen die umstrittene Neuregelung der Geschäftsordnung, wonach Fraktionen aus mindestens sieben statt bisher fünf Abgeordneten bestehen müssen. Danach bilden sich nur noch sieben Fraktionen (PSSH, PSDSH, Sozialistische Integrationsbewegung, Bewegung für Nationale Entwicklung, Republikanische Partei, Christdemokratische Reforme sowie eine zentristische Sammelfraktion aus Agrariern, Minderheitenpartei und Einzelabgeordneten der Demokratischen Allianz und der Partei der Sozialen Demokratie); die Sozialdemokraten können nur mit vier PSSH-„Leihmandaten“ den Fraktionsstatus halten.

31. Apostoli verlässt PSDSH-Fraktion:

Der frühere Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten, Gaqo Apostoli, der vor kurzem bei der Wahl zum Parteivorsitzenden unterlegen war, erklärt seinen Fraktionsaustritt; er wolle sein Parlamentsmandat als Unabhängiger weiterführen und sich an die Spitze einer Reformbewegung in der Partei stellen.

■ Februar 2005

3. Albanische Zeitungslandschaft in Makedonien schmaler:

Die Einstellung der beiden albanischen Zeitungen „Koha Ditore“ (Ausgabe für Makedonien) und „Lobi“ aus wirtschaftlichen Gründen lässt „Fakti“ in einer Monopolstellung. Das Helsinki-Komitee wirft der Regierung und besonders dem BDI politischen

Druck auf die Redaktionen vor.

3. Shaqiri neuer Geheimdienstchef: Ministerpräsident Nano stellt Bahri Shaqiri als neuen Direktor des Inlandsgeheimdienstes SHISH vor; er ist Nachfolger des kürzlich verstorbenen Kujtim Hysenaj.

8. Nano unterliegt vor Gericht: Das Berufungsgericht hebt eine erstinstanzliche Entscheidung wegen Verfahrensfehlern auf, wonach eine Klage des Ministerpräsidenten Nano gegen den christdemokratischen Abgeordneten und Zeitungsherausgeber Nikollë Lesi wegen Verleumdung zu zulässig sei.

8. Londoner Polizei will gegen albanische Kriminelle vorgehen: Der neue Londoner Polizeichef Sir Ian Blair will gegen die organisierte Kriminalität von Ausländern verschärft vorgehen. Er bezeichnet u.a. Banden aus Albanien, die einen Teil der Prostitution kontrollieren, und Kosovo, die besonders skrupellos von der Waffe Gebrauch machen, als besonders gefährlich.

8. Papulias griechischer Präsident: Das griechische Parlament wählt auf Vorschlag der konservativen Regierung den früheren sozialistischen Außenminister Karolos Papulias (75) zum neuen Staatspräsidenten. Er erhält die Stimmen der konservativen ND und seiner PASOK. Er wird am 12.3. vereidigt. Papulias war unter Andreas Papandreou von 1985-89 und 1993-96 Außenminister und hatte die Öffnung Albanien und die Zusammenarbeit zwischen Athen und Tirana gefördert.

9. Albanien : Ukraine 0:2: Bei der Qualifikationsrunde zur Fußballweltmeisterschaft 2006 verliert Albanien in Tirana gegen die Ukraine mit 0:2.

10. Grenzstreifen zwischen Serbien und Makedonien verengt: Die serbische Regierung verengt den Grenzstreifen zu Makedonien auf 300 Meter und erfüllt eine Forderung der Albaner im Presheva-Tal nach der Erschießung eines Jungen durch einen Grenzsoldaten.

11. Rekordfrost: In Sheqeras bei Korça wird eine Lufttemperatur von 24 Grad unter Null bei 32 Grad Bodenfrost gemessen. Das ist der tiefste Wert in diesem außergewöhnlich kalten Winter. In weiten Landesteilen halten die dichten Schneefälle an, die viele Dörfer von der Versorgung weitgehend isolieren.

11. Sprachschutzgesetz: Die albanische Regierung verabschiedet einen Gesetzentwurf zum Schutz und zur Pflege der albanischen Sprache.

13./14. Serbischer Präsident in Kosovo: Der serbische Präsident Boris Tadic besucht Kosovo. Die UNMIK begrüßt die Reise ausdrücklich.

15. Kein Sigurimi-Gesetz: Ein von Oppositionsabgeordneten eingebrachter Gesetzentwurf, der frühere Geheimdienst-Mitarbeiter und Informanten aus dem politischen Leben ausschalten sollte, scheidet im Rechtsausschuss des Parlamentes; die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten stimmen dagegen, die PDSH-Abgeordneten enthalten sich. Die Befürworter des Gesetzes behaupten, 37 der 140 Abgeordneten hätte eine Verbindung zur früheren Geheimpolizei.

15./16. Erdogan in Tirana – Eklat im Parlament: Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan besucht Albanien. Er sagt Albanien Unterstützung beim NATO-Beitritt zu. Da in seinem Zeitplan kein Gespräch mit Oppositionsvertretern vorgesehen ist, boykottieren die meisten Abgeordneten der Opposition seine Ansprache im Parlament.

17. Dobjani bleibt Volksanwalt: Emir Dobjani wird vom Parlament mit 99 gegen 14 Stimmen bei 8 Enthaltungen als Volksanwalt (Ombudsman, Bürgerbeauftragter) bestätigt.

22. Kommunalreform in der Diskussion: Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana regt Kommunalminister Ben Blushi eine Halbierung der Zahl der Gemeinden an; derzeit gibt es 68 Städte und 308 Landgemeinden mit rund 3.000 Dörfern.

22. Chinesische Billiglohn-Arbeiter: Nach Mitteilung des Innenministeriums hat eine libanesische Firma, der das Zementwerk in Fushë-Kruja gehört, mindestens 200 chinesische Arbeiter mit Touristenvisa eingeschleust, um die für Dumpinglöhne arbeiten zu lassen.

23. Rugova legt LDK-Vorsitz nieder: Der kosovarische Präsident Ibrahim Rugova legt den Vorsitz der Demokratischen Liga von Kosovo nieder, die er 1989 gegründet und seither geführt hatte. Die Personalunion zwischen Partei- und öffentlichem Amt war im In- und Ausland oft kritisiert worden.

23. Kampf gegen OK gewürdigt:

Der bekannte Anti-Mafia-Staatsanwalt Giuseppe di Gennaro würdigt in einem Interview die Gesetzgebung Albanien zum Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und die Stärkung der staatlichen Organe nach 1997. Die albanischen Kriminellen seien sehr gewalttätig, aber in ihrer Organisation nicht mit der Mafia vergleichbar.

24. Jessen-Petersen gegen Teilung: In seinem dreimonatlichen Bericht an die UN würdigt UNMIK-Chef Jessen-Petersen die Bemühungen von Ministerpräsident Haradinaj zur Wahrung der Rechte der Nichtalbaner. Er spricht sich gegen die derzeit erwogenen Teilungsoptionen aus, da 60 % der Serben nicht in Nordmitrovica und Umgebung leben.

25. Kompromiss über Wahlkreise: Nach wochenlangem Tauziehen einigen sich die großen Parteien auf eine Neuaufteilung der Wahlkreise. Entsprechend einem von der PDSH unterstützten Vorschlag der EU soll es in den Bezirken Berat und Vlora je einen Wahlkreis weniger, in Shkodra und Tirana einen mehr geben. Die Sozialisten, die traditionell ihre Hochburgen im Süden haben, in Shkodra hingegen sehr schwach sind, hatten dies zunächst abgelehnt. Erst vor wenigen Tagen hatte der EU-Diplomat Priebe die Annäherung Albanien an die EU in Frage gestellt.

25. Eklat in OSZE: Bei der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kommt es innerhalb der albanischen Delegation zwischen Ministerin Arta Dade (PSSH) und PDSH-Chef Berisha zu einem heftigen Wortgefecht. Beide Seiten werfen der anderen Beleidigung vor und behaupten, der Sitzungspräsident habe ihrem Gegner das Wort entzogen.

26. Irak-Kontingent aufgestockt: Die albanische Regierung beschließt die Aufstockung des Irak-Kontingents von 70 auf 125 Soldaten.

28. Sprengstoffattentat auf Boxverbandschef: Vajdin Lamaj, der Präsident des Albanischen Boxverbandes und Vizepräsident des Privatsenders „TOP Albania Radio“, und ein Begleiter werden bei einem Sprengstoffattentat getötet.

28. Kriminalität steigt: Generalstaatsanwalt Teodor Sollaku berichtet im Parlament, die Kriminalität sei im Vorjahr um 18 % angestiegen; in besonderem Maße sei dies auf die

Verbrechen gegen Leib und Leben + 17,2 %), Eigentumsdelikte (+ 49,8 %) und Delikte gegen die Staatsgewalt (+ 21,7 %) zurückzuführen. Die Zahl der Verfahren wegen Organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Korruption sei um 11,2 % gestiegen.

■ März 2005

2. Keine vorgezogenen Wahlen: Ein Antrag von Oppositionsabgeordneten, die Wahlen um fünf Wochen vorzuziehen, wird im Rechtsausschuss des Parlamentes als verfassungswidrig verworfen.

2. 3,7 Milliarden Lek verschwendet: In ihrem Jahresbericht wirft die Oberste Staatskontrolle (KLSH) der Regierung vor, 2004 insgesamt fast 3,7 Milliarden Lek verschwendet oder veruntreut zu haben. Die KLSH habe in 264 Fällen Disziplinarmaßnahmen gefordert, davon in 63 Fällen die Entfernung aus dem Staatsdienst. Die meisten Missbrauchsfälle werden dem Bildungsministerium angelastet.

5. Qato Boxweltmeister: Der Albaner Kreshnik Qato erringt in Durrës gegen den Ukrainer Rizvan Magomedov den IBC-Weltmeistertitel im Supermittelgewicht.

8. Haradinaj tritt nach Anklageerhebung zurück: Der kosovarische Ministerpräsident Ramush Haradinaj (AAK) erklärt seinen Rücktritt, nachdem ihm das Haager Tribunal über UNMIK-Chef Jessen Petersen entgegen seiner Erwartung eine Anklage mit 37 Punkten wegen Kriegsverbrechen zugestellt hat. Er begibt sich am Folgetag mit zwei weiteren angeklagten UÇK-Führern freiwillig nach Den Haag, erwartet aber, nach kurzer Frist wieder heimkehren zu können, und beteuert seine Unschuld. Als Nachfolger schlägt er Bajram Kosumi vor. Die befürchteten Unruhen bleiben zunächst aus.

8. Zogu für Todesstrafe: Thronpräsident Leka Zogu kündigt an, seine Bewegung für Nationale Entwicklung werde bei einer Machtübernahme die Todesstrafe für Vergewaltiger und Menschenhändler wieder einführen, um das überbordende Verbrechen einzudämmen.

9. FIFA bestraft Albanien: Nach Ausschreitungen albanischer Fans beim WM-Qualifikationsspiel gegen die Ukraine verurteilt die FIFA den Albanischen Fußballverband zu einer

Geldstrafe von 40.000 sFr und zu einer Stadionsperre für das Publikum bei den beiden anstehenden Spielen gegen Georgien und Kasachstan.

9. Italienischer Druck auf Albanien: In einem Gespräch warnt der italienische Botschafter Attilio M. Janucci Ministerpräsident Nano davor, dem deutschen Antrag auf eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates um ständige Mitglieder einschließlich Deutschland zuzustimmen; Italien befürwortet eine Ausweitung der nicht ständigen Mitglieder.

11. Parlament fordert Haradinajs Freilassung: Das Parlamentspräsidium fordert die UNMIK auf, sicher zu stellen, dass Haradinaj aus der Untersuchungshaft entlassen wird und sich in Freiheit verteidigen kann. – Mehrere Verbände früherer UÇK-Mitglieder sagen ihre für den 14.3. angemeldeten Protestkundgebungen zunächst ab.

11. Keine Annäherung der Standpunkte zu Kosovo: In Berlin eröffnen die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Südosteuropa-Gesellschaft mit einer Tagung zu Kosovo eine Veranstaltungsreihe zu den Problemen des Westbalkans. Serbische Vertreter wie der Regierungsberater Slobodan Samardzic und der wichtigste Sprecher der Kosovo-Serben Oliver Ivanovic lehnen jede Form von Unabhängigkeit unvermindert ab, während albanische Repräsentanten wie Gjylnaze Sylja, die Fraktionsvorsitzende des Haradinaj-Parteienbündnisses AAK, keine Form der Autonomie innerhalb Serbiens anerkennen. Der Politische Direktor des Außenministeriums Michael Schaefer schließt vier Optionen kategorisch aus: eine einseitige und vollständige Unabhängigkeit, eine Rückkehr zur Situation vor 1999, eine territoriale Teilung und den Anschluss an einen anderen Staat (= Albanien); er betont das Festhalten am Ziel eines multiethnischen Kosovo.

13. Kommunalwahlen in Makedonien: Am ersten Wahlgang nehmen 58,0 % der Wahlberechtigten teil. Der von der Opposition unterstützte Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Skopje, Trifun Kostovski, liegt mit 48,6 % haushoch vor dem liberaldemokratischen Amtsinhaber Risto Penev (28,1 %) und verpasst den sofortigen Sieg um nur 3.000 Stimmen. Die ODIHR kritisiert zahlreiche Verstöße gegen das Wahlrecht, besonders das Wahlheimnis. Die albanischen

Oppositionsparteien PDSH und PDP protestieren gegen angebliche Manipulationen und fordern eine Wahlwiederholung.

13. Boskovski angeklagt: Das Haager Tribunal klagt den früheren makedonischen Innenminister Ljube Boskovski wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beim Vorgehen gegen die albanische Zivilbevölkerung 2001 an; er steht derzeit bereits in Kroatien wegen der Ermordung von sieben illegalen Einwanderern aus Asien unter Anklage, die er als Beweis für die Unterstützung der UK durch ausländische Terroristen präsentiert hatte. Kroatien kündigt seine Auslieferung an.

14. Hohe Auszeichnung für Nano: Das Internationale Friedenszentrum in Assisi verleiht Ministerpräsident Nano den Titel „Pilger des Friedens“ für 2004; zu den früheren Preisträgern gehören Gorbacov, Mutter Teresa, Annan und Pavarotti.

15. Attentat auf Rugova: Bei einem Bombenattentat auf die Wagenkolonne des kosovarischen Präsidenten Rugova werden zwei Passanten verletzt; Rugovas Wagen wird leicht beschädigt.

15. VEFA-Geschädigte erhalten 11 %: Die Investoren in den VEFA-Konzern des seit langem inhaftierten Vehbi Alimuçaj erhalten ab heute in festgelegter Reihenfolge 11 % ihrer Einlagen zurückbezahlt; der Konkursverwalter hatte ein Restvermögen von 40 Mio. \$ sichergestellt.

15. Milliardenverluste durch Institutionen: In seinem Jahresbericht stellt der Vorsitzende der Obersten Staatskontrolle, Robert Ceku, fest, dass dem Staat durch Misswirtschaft staatlicher Einrichtungen 2004 ein Schaden von 3,36 Milliarden Lek entstanden ist.

■ April 2005

1./2. Kosumi in Albanien: Der neue kosovarische Ministerpräsident Bajram Kosumi stattet Albanien seinen Antrittsbesuch ab.

4. Staatstrauer: Die albanische Regierung ordnet Staatstrauer für den am 2.4. verstorbenen Papst an. Johannes Paul II. hatte 1993 als erster Papst Albanien besucht.

4. Thaçi für stabile Grenzen: Der kosovarische Oppositionschef Hashim Thaçi (PDK) spricht sich in Tirana nach einer Begegnung mit Ministerpräsident Nano für stabile Grenzen

aus; Kosovo erhebe keine Forderungen an Serbien oder Makedonien und wolle auch die Grenze zu Albanien nicht aufheben. – Erst am 30.3. hatte UNMIK-Chef das südserbische Unruhegebiet Bujanovc besucht und dort mit Flüchtlingen gesprochen.

4. Lukic im Haag: Der frühere serbische Polizeikommandant in Kosovo, General Sreten Lukic, stellt sich dem UN-Tribunal im Haag. Die EU fordert die Auslieferung des ehemaligen Generalstabschefs Nebojsa Pavkovic als Bedingung für eine Annäherung.

5. Wahlbündnis?: In Gesprächen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien PSDSH und PDS und mit der Umweltpartei PAA nähern sich die Sozialisten einem neuen Wahlbündnis. Die Demokratische Allianz (PAD) und die Minderheitenpartei PBDNJ sind bisher nicht zu einem neuen Zusammengehen mit den Sozialisten bereit.

5./6. LSI-Parteitag: Die im vergangenen Jahr von der PSSH abgespaltene Sozialistische Integrationsbewegung (LSI) hält in Tirana ihren 1. Parteitag ab. Ilir Meta wird als Vorsitzender, der frühere Diplomat Pëllumb Xhufi als sein Stellvertreter bestätigt. Die übrigen albanischen Mitte-Links-Parteien sowie ausländische Parteien haben Gäste und Beobachter entsandt, u.a. weil die LSI die Aufnahme in die Sozialistische Internationale anstrebt. PSSH-Generalsekretär Ruçi spricht von der Möglichkeit einer Koalition mit der LSI nach den Wahlen.

5./6. Fischer in Albanien und Kosovo: Bundesaußenminister Joschka Fischer nimmt in Durrës an einer Konferenz der Außenminister des westlichen Balkans teil; zuvor besucht er eine Personalversammlung an der deutschen Botschaft in Tirana, die von der Visa-Affäre betroffen ist. Am Folgetag besucht Fischer Prishtina.

7. Max von der Grün tot: Der deutsche Schriftsteller Max von der Grün stirbt im Alter von 78 Jahren in Dortmund. Der führende Vertreter einer sozial realistischen Literatur („Werkreis Literatur der Arbeitswelt“) war mehrfach zu öffentlichen Auftritten im kommunistischen Albanien gewesen, wo auch Bücher von ihm übersetzt wurden.

9. Bombenanschlag in Bajram Curri: In der nordalbanischen Kreishauptstadt Bajram Curri wird der Besitzer einer Tankstelle bei einem Bombenanschlag getötet; es wird

spekuliert, ob der Anschlag dem benachbarten Büro des Inlandsgeheimdienstes SHISH galt.

13. PSSH kopiert Labour: Die Sozialisten stellen ihren Wahlkampfslogan „Albanien vorwärts, nicht zurück“ vor, der den vor zwei Tagen von der britischen Labour Party präsentierten Slogan „Britain forward, not back“ wörtlich übernimmt.

8. Neuer Name für Makedonien?: Die UN schlagen im Streit um den offiziellen Namen Makedoniens die Formulierung „Republik Makedonien-Skopje“ statt des bisher international üblichen FYROM vor. Die USA hatten die Republik Makedonien 2004 als solche anerkannt.

15. Haradinajs Bruder ermordet: Enver Haradinaj, der 22jährige Bruder des früheren kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj, wird von Unbekannten erschossen. Sein Bruder nimmt am 17.4. an seiner Beisetzung teil, wofür er kurzzeitige Haftverschonung aus den Haag bekommt. Präsident Rugova ordnet Staatstrauer an. Verdächtig wird die Familie Musaj, die mit den Haradinajs verfeindet ist.

17. Bombenanschlag auf Parteibüro: Auf das Büro der Partei „ORA“ des Publizisten Veton Surroi wird ein Bombenanschlag verübt, bei dem drei Kinder verletzt werden. Erst vor Kurzem hatte Surroi Drohungen erhalten, nachdem er den stellvertretenden Ministerpräsidenten Adem Salihaj (LDK) der Verwicklung in Kriminalität und Terrorismus bezichtigt hatte.

17. Griechische Schule in Korça: In Korça wird in Anwesenheit der Bildungsminister Albanien und Griechenlands, Luan Memushi und Marietta Janakou, und des orthodoxen Erzbischofs Anastasios Janullatos die erste zweisprachige griechisch-albanische Privatschule eröffnet.

18. PSSH stellt Kandidaten auf – Widerstand der Basis: Der Vorstand der Sozialistischen Partei beschließt die 100 Wahlkreiskandidaturen (darunter viele Geschäftsleute) und das Wahlprogramm. An der Basis gibt es Widerstände gegen zehn Kandidaten, darunter mehrere frühere Minister sowie den derzeitigen Bildungsminister Luan Memushi.

18. Agolli wieder Abgeordneter: Der Schriftsteller Dritëro Agolli rückt für den in den diplomatischen Dienst

übergewechselten sozialistischen Politiker Bardhyl Agasi ins Parlament nach. Wegen der bevorstehenden Wahlen ist keine Nachwahl vorgesehen.

23./24. PDSH-Parteitag: Die PDSH verabschiedet auf ihrem Parteitag in Tirana ihr Wahlprogramm. Parteichef Berisha kündigt an, nach einem Wahlsieg selbst Ministerpräsident werden zu wollen; er wird mit 700 gegen 27 Stimmen bei 14 Enthaltungen im Amt bestätigt. Bei den Wahlen zum 134köpfigen Nationalrat der PDSH kehren einige frühere Mitglieder der PAD in die Leitung ihrer ursprünglichen Partei zurück, darunter Genc Ruli, Gramoz Pashko und Preç Zogaj; der frühere PAD-Vorsitzende Arben Imami scheitert - In unabhängigen Zeitungen wie „Shekulli“ und „Gazeta Shqiptare“ werden Berisha autoritärer Führungsstil und unfinanzierbare Wahlversprechen vorgeworfen.

25. Wahlen am 3. Juli: Nach längeren Verhandlungen setzt Präsident Moisiu die Parlamentswahlen auf den 3. Juli an.

25. EU mit Empfehlungen zur Wahl: Die EU legt eine Reihe von Empfehlungen zur Umsetzung des im Januar novellierten albanischen Wahlgesetzes vor, mit denen Auseinandersetzungen während und nach dem Wahlgang vermieden werden sollen. Sie betont erneut, dass die Wahlen ein Prüfstein für die Chancen Albanien bei der europäischen Integration sein werden.

26. Wahlbündnis PDSH-PDR: Die Demokratische Partei und Genc Pollos Reformierte Demokratenpartei einigen sich auf ein Wahlbündnis; die PDSH wird drei Direktkandidaten der PDR in Tirana, Shkodra und Durrës unterstützen.

27. Fairnessabkommen unterzeichnet: In Anwesenheit von Vertretern der USA, der EU und der OSZE unterschreiben die Vorsitzenden von 16 albanischen Parteien auf Initiative von Präsident Moisiu ein Fairnessabkommen für den Wahlkampf.

29. Freispruch für makedonischen Ex-Finanzminister: Besnik Fetahu, der für die PDSH Finanzminister in der früheren Regierung unter Ljubço Georgievski (1998-2002) gewesen war, wird vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs bei der Privatisierung der Tageszeitung „Nova Makedonija“ freigesprochen.

Wenig Frauen in politischen und gesellschaftlichen Schaltstellen

Wie im jüngsten Bericht zur menschlichen Entwicklung der UNDP festgestellt wird, sind albanische Frauen in der Politik und der politischen Entscheidungsfindung deutlich geringer repräsentiert als in den Staaten Ost- und Mitteleuropas. Der Prozentsatz der Frauen im Parlament war im Jahr 2002 mit dem des Jahres 1945 vergleichbar. Die höchste Stufe der Beteiligung war in den Jahren des Sozialismus zwischen 1970 und 1990 zu verzeichnen. Der UNDP-Bericht betont, dass in dieser Periode die Emanzipation der Frau und ihre Teilnahme in sämtlichen Lebensbereichen breiter gewesen ist, was auch auf die breitere Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt zurückzuführen sei, auch wenn „das sozialistische Regime sich nicht sehr bemüht hat, die Position der Frau in der Familie zu erleichtern“. Negativ habe sich der Verlust der Weiblichkeit und die Gleichbehandlung mit den Männern auch in den schwierigsten Bereichen ausgewirkt.

Der Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten ist besonders niedrig. So lag bei den Kommunalwahlen im Oktober 2003 die Zahl der weiblichen Kandidaten Bürgermeisterposten bei 76, von denen lediglich 3 gewannen (d.h. 4 % aller Kandidaten), von 308 Kandidatinnen für den Vorsitz einer Kommune waren 6 erfolgreich (d.h. 2 % aller Kandidaten).

Nach einer 2003 durchgeführten Studie über die Stellung der Frau in der Politik ist die Anzahl der Frauen auf Verwaltungsposten der zweiten Regierungsebene im Anstieg begriffen. Gegenwärtig bekleiden sie mehr als 24 % dieser Posten.

Im Bereich der Bildung fällt auf, dass die Frauen z.B. im Schuljahr 2001-2002 64 % der Lehrkräfte an den 8-Jahr-Schulen und mehr als die Hälfte an den Mittelschulen stellen, beim Lehrkörper an den Universitäten stellen Frauen 40 %, bei den Professoren sind es jedoch lediglich 9 %.

Auf dem Arbeitsmarkt stehen 39,1 % Frauen 60,9 % männlichen Kollegen gegenüber; in den Privatbetrieben nehmen 17 % Frauen leitende Positionen ein.

Zentrum für elektronische Kommunikation gegründet

Auf Initiative der niederländischen Umwelt-Organisation Milieukontakt Oost Europa ist unter Beteiligung von Vertretern albanischer Umweltorganisationen das Zentrum für elektronische Kommunikation in Albanien gegründet worden. Ziel dieser Initiative ist die weitere Verbreitung und Ausweitung der Kapazitäten nicht nur bei den Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich mit Umweltfragen beschäftigen, sondern in der ganzen Zivilgesellschaft.

Die Aktivitäten des Zentrums bestehen v.a. aus Schulungs- und Beratungsangeboten zur Verbesserung der Kommunikation, aber auch bei der grafischen Gestaltung von Printmedien oder Websites, beim Hosting oder Netzwerkaufbau.

UNICEF: 5.000 Kinder Opfer von Menschenhändlern

Nach einem Bericht von UNICEF sind rund 5.000 albanische Kinder Opfer von Menschenhändlern geworden, von denen 3.000 auf der Strasse arbeiten oder leben. Rund 2/3 der Strassenkinder gehören der Minderheit der Roma an. Dem Bericht zufolge stellen die 15-17 jährigen Mädchen die grösste Gruppe der Betroffenen dar, die in den meisten Fällen zur Prostitution gezwungen werden.

Hohe Zahl an Frühgeburten

Angaben albanischer Medien zufolge hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Frühgeburten erhöht. Danach kommen in rund 12 % der Geburten die Kinder mit einem Gewicht unter 2.000 g bzw. nach weniger als 30 Wochen Schwangerschaft zur Welt. 2,5 % dieser Frühlinge sterben aufgrund ernster Atemprobleme.

Milchverarbeitungsindustrie verarbeitet lediglich 15 % der einheimischen Milch

Obwohl die albanische Milchverarbeitungsindustrie im vergangenen Jahr eine Steigerung um 15,5 % verzeichnen konnte, verarbeitet sie lediglich 15 % der im Land erzeugten Milch. 2004 wurden nach Angaben der Direktion für die Verarbeitung von Agrarprodukten 1.1000.000 t Milch produziert, was nur einer Steigerung von 40.000 t entspricht. Experten zufolge werden von dieser Menge allerdings nur 10 – 15 % weiter verarbeitet. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass der Ankaufpreis durch die Molkereibetriebe im Land erheblich niedriger liegt als der Preis, den die Bauern direkt bei den Verbrauchern erzielen können. Als Folge müssen Joghurt und andere Milchprodukte in erheblichem Umfang importiert werden.

Statistischen Angaben des Landwirtschaftsministeriums zufolge betrug die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe im Jahr 2004 rd. 400.000, von denen rd. 90 % Milch produzierten. Die Zahl der Rinder betrug insgesamt 684.000, 64 % davon waren Milchkühe, d.h. durchschnittlich kamen 1,9 Milchkühe pro Bauernhof. Lediglich 194 landwirtschaftliche Betriebe, das sind 2,2 %, haben 5 oder mehr Kühe.

Jedes Jahr gehen 140.000 ha Boden verloren

Albanische Fachleute schlagen Alarm: Aufgrund von Erdrutschen und Bodenerosion gehen jedes Jahr ca. 140.000 Bodenfläche verloren. Besonders betroffen sind die Regionen Mat, Tirana, Kora, Lushnja und Elbasan. Massive Abholzungen und Bodenerosion sind die beiden hauptsächlichen Ursachen für die beobachtete Zerstörung. So wird davon ausgegangen, dass in Albanien jährlich zwischen 20 und 70 t/ha Boden erodieren. Sherif Lushaj, Direktor des Instituts für Bodenkunde, hat daher vorgeschlagen, das Jahr 2005 in Albanien zum „Jahr des Schutzes der Böden“ zu proklamieren.

Rat der Kulturminister aus Südosteuropa

In Kopenhagen haben die Vertreter aus Albanien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, der Türkei, Serbien und Montenegro, Griechenland und Mazedonien die Schaffung eines Rates der Kulturminister Südosteuropas beschlossen. Das erste Treffen fand unter Leitung des albanischen Kulturministers Blendi Klosi statt, der die Idee zu dieser Vereinigung nach dem Beispiel der nordischen Länder erstmals anlässlich einer Tagung im Juli 2004 in Mostar geäußert hatte. Ziel des Rates ist die Intensivierung des Dialogs und Kulturaustausches zwischen den teilnehmenden Staaten, u.a. durch gemeinsame künstlerische Aktivitäten. Auf diese Weise soll die Kultur, die Geschichte und Tradition dieser Länder bei den europäischen Bürgern präsenter sein und so auch den Vorurteilen von Bürgern zweiter Klasse in Europa begegnen.

Ein wichtige Mittel dabei soll ein regionales Netzwerk für den Informationsaustausch der betroffenen Institutionen sein bezüglich gemeinsamer Aktivitäten, Festivals, Ausstellungen, Büchermessen usw. sein. Ein weiteres Ziel ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Reisefreiheit von Künstlern.

Tirana – Hauptstadt mit größter Bevölkerungsdichte in Europa

Angaben der Stadtverwaltung Tiranas zufolge waren in der albanischen Hauptstadt 2003 offiziell 518.000 Einwohner gemeldet. Bei einer Fläche von 41,8 km² entspricht dies einer Bevölkerungsdichte von 12.634 pro km². Damit liegt die Bevölkerungsdichte von Tirana mehr als doppelt so hoch wie in London und gar sechsmal so hoch wie in Rom. Zum Vergleich: Berlin hat als die Stadt mit der höchsten Bevölkerungsdichte in Deutschland 3.825 Einwohner pro km².

Der Rat für territoriale Regulierung hat jüngst die Ausdehnung Tiranas um 900 ha auf 50 km² gebilligt. Danach werden u.a. die Hügelgebiete von Selita, Sauk und Farka, Dajti, Prifti und Kamza um Stadtgebiet gehören.

Überraschung am Postkartenstand: Wälder wachsen in Tirana



Hier, lieber Leser der Albanischen Hefte, sehen Sie ein neues Wunder des unglaublichen albanischen Wachstums. Über Nacht sind in der Innenstadt von Tirana zwei mächtige Wälder entstanden. Der smog- und rußgeplagte Fußgänger kann ab sofort seine müden Lungen mit Sauerstoff vollpumpen. Auf dem beiliegenden Beweisstück, einer viel verkauften Postkarte, läßt sich am mittleren rechten Kartenrand feststellen, dass der Sitz der sozialistischen Partei plötzlich inmitten eines prächtigen Hochwaldes steht, dem wundersamer Weise sogar das Verteidigungsministerium gewichen ist, von der hässlichen riesigen Baugrube ganz zu schweigen, aus der die neue orthodoxe Kathedrale erwachsen sollte.

Der Wunder zweites betrifft am unteren Kartenrand das völlige Verschwinden des sogenannten Çamenmarktes, über dem sich nun ebenfalls ein Wald erhebt. Der neugierige Leser möchte jetzt natürlich gerne wissen, wo die frühere türkische Botschaft geblieben ist, aber, wie sich unschwer vorstellen läßt, werden türkische Visa jetzt aus einem kleinen lauschigen Försterhäuschen, mitten im Stadtwäldchen erteilt

Aus dem Bilddokument ist leider nicht klar ersichtlich, was sich aus dem riesigen, seit über 10 Jahren stinkenden Loch des Hajdini hinter der Staatsoper entwickelt. Das Loch hüllt sich hier noch in ein undefinierbares Graugrün. Ich vermute aber, dass dort in den nächsten Tagen der dritte Innenstadtforst gewachsen sein wird. JB

Weniger Frauen als Männer beschäftigt

Auch wenn die Frauen prozentual den größeren Anteil an der Bevölkerung stellen, so stehen sie bei der Zahl der Beschäftigten, dem Lohnniveau und bei den Führungspositionen ihren männlichen Kollegen nach. In einem Anfang des Jahres vom Statistikinstitut INSTAT für das Jahr 2003 veröffentlichten Bericht mit dem Titel „Frauen und Männer in Albanien“ werden verschiedene Aspekte beleuchtet. So hatte Albanien im Jahr 2003 offiziell 3.126.153 Einwohner gehabt, von denen 50,2 % Frauen waren. Dies entsprach einer Verringerung der Bevölkerung um 1,7 % gegenüber dem Referenzjahr 1989. Die Gründe hierfür liegen neben der Emigration u.a. auch in einem deutlichen Geburtenrückgang; so lag die Zahl der Geburten 1990 noch bei 83.000, Ende 2004 jedoch nur noch bei 47.000, was einem Rückgang um 43 % entspricht. Nach wie vor ist die albanische Bevölkerung sehr jung, 59,5 % sind unter 34 Jahre alt. Obwohl das Bildungsniveau bei den Frauen im allgemeinen höher liegt als bei den Männern, stellen sie nur 43,75 % der Beschäftigten, lediglich in der Gruppe der saisonal Beschäftigten liegt ihr Anteil mit rd. 60 % deutlich höher.

Kann Albanien Nordkorea erklären?

Überlegungen zu Phänomenen peripherer Sozialismus-Modelle

Fortsetzung aus AH 4-2004

5. Theoretischer Überbau

Alle kommunistischen Systeme und ihre Führer hatten für sich in Anspruch genommen, den Marxismus-Leninismus authentisch zu interpretieren und umzusetzen. Sowohl bei innerparteilichen Richtungsstreitigkeiten als auch bei den Auseinandersetzungen unter den kommunistischen Regimes, die 1948 nach dem Bruch zwischen Jugoslawien und der Kominform einsetzten, wurde umgekehrt an die Gegenseite immer der Vorwurf erhoben, den Marxismus-Leninismus fehlerhaft zu verstehen bzw. ihn bewusst zu verraten. Da bis dahin Stalin die Interpretationshoheit für Lenins Theorie und Praxis unangefochten für sich in Anspruch nehmen konnte, wurde jede Abweichung von seinem Weg als Trotzismus denunziert, auch wenn dessen Theorie der permanenten Revolution im Weltmaßstab in keiner Weise mit Titos Ablehnung einer uneingeschränkten Unterordnung unter Stalins Direktiven zur Deckung zu bringen waren.

Das kommunistische Albanien nahm während der isolationistischen Phase bis zum Systemwechsel 1991 für sich in Anspruch, das letzte verbliebene Land der Erde zu sein, das den Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis korrekt anwandte. In erster Linie Hoxha selbst unternahm es, diese Politik auch theoretisch zu untermauern, indem er ab 1978 in dichter Folge neben Memoirenbänden und Tagebuchauszügen auch theoretische Abhandlungen veröffentlichte, unter denen „Imperialismus und Revolution“ dazu diente, den Hegemonialanspruch Chinas ebenso wie den der

Sowjetunion zurückzuweisen; Hoxha bemühte sich um den Nachweis, dass Großmächte zwangsläufig eine Tendenz zur globalen Herrschaftserringung entwickeln. Während die USA und die UdSSR als „imperialistische Supermächte“ gleichermaßen gefährlich seien, habe China den Versuch unternommen, sich mit einer von beiden, nämlich den USA, auf Kosten der anderen zu arrangieren, um selbst in den Kreis der Supermächte aufzusteigen. Darüber hinaus warf er China vor, im Sinne dieser Strategie seine kleineren Verbündeten zu prinzipienlosen Allianzen mit anderen kleinen Staaten zu drängen, deren einziges Auswahlkriterium es sein solle, dass auch diese Sicht der Vorherrschaft einer der beiden Supermächte zu entziehen suchten. Damit waren regionalpolitisch Appelle Chinas an Albanien gemeint, seine Beziehungen zu Jugoslawien und auch zu Rumänien zu verbessern, dessen Führer Ceausescu einerseits an der Mitgliedschaft im Ostblock festhielt, andererseits keine Gelegenheit ausließ, sich von der Sowjetunion abzugrenzen und sich dadurch Rückendeckung im Westen zu verschaffen.

Die marxistisch-leninistische Staatsideologie war primär von Lenin und Stalin geprägt, während die deutschen Klassiker auf Zitate reduziert und nur im Prisma ihrer russischen Interpretatoren rezipiert wurden. Stalin blieb dabei die theoretische Referenzquelle für die These, dass sich der Klassenkampf im Sozialismus nicht abschwächen dürfe, sondern im Gegenteil ständig verschärfen müsse, um eine Rückkehr der Ausbeuterklassen an die Macht zu verhindern. Zugleich konnte durch

das Festhalten an Stalin der Anspruch untermauert werden, als einziges sozialistisches Land an der marxistisch-leninistischen Orthodoxie festgehalten zu haben. Stalin, der georgische Vollstrecker einer großrussischen Politik, wurde zum Freund und Verteidiger der kleinen Völker umretuschiert.

Unter dem marxistisch-leninistischen Dogmatismus lag das Substrat des albanischen romantischen Nationalismus. Die Autoren der Nationalbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die als „Albanische Nationale Wiedergeburt“ (*Rilindja Kombëtare Shqiptare*) apostrophiert wurde, wurden mit wenigen Ausnahmen (besonders der Franziskanerprovinzial Gjergj Fishta) hoch verehrt. Ihr Geschichtsbild und ihre Verherrlichung der albanischen Nation wurden adaptiert (s. Kapitel 6). Insbesondere ein Vers von Pashko Vasa (einem hohen osmanischen Beamten) passte bestens in den Kampf gegen die Religion, die nicht wie in anderen Ländern konstitutiv für die Nation war, sondern sie spaltete:

Feja e shqiptarit është shqiptaria – Der Glaube des Albaners ist das Albanertum.

Auch die so genannte Kulturrevolution richtete sich nicht (wie in China) gegen nationale kulturelle Traditionen, sondern gegen alles, was als sozial rückständig und antinational eingeordnet wurde, von der Religion über patriarchalische Sitten bis zu westlicher „dekadenter“ Kultur.

Demgegenüber ist Nordkorea das einzige kommunistisch regierte Land, das den Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage zur Disposition stellte. Bereits 1955 proklamierte Kim Il Sung in einer Rede vor Parteifunktionären die Leitidee des Juche (etwa „Subjekt“). Als Geburtsstunde des Juche gilt eine Funktionärskonferenz der PAK vom 28.12.1955, auf der Kim Il Sung die Einzigartigkeit der Revolution in Korea betonte. Die Übernahme der Ideologie und der Erfahrungen aus der russischen und chinesischen Revolution könne einzig dem Zweck dienen, die eigene Revolution in Korea zu realisieren.

Diese Distanzierung beruhte auf Gegenseitigkeit: die chinesischen Kulturrevolutionäre, die sich in Idolatrie gegenüber Mao Zedong nicht übertreffen ließen, sahen in Kim Il

Sung keinen Maoisten. In den 60er Jahren zog China seine Vertreter aus der Waffenstillstandskommission ab, und die Propaganda der Roten Garden pöbelte Kim als „fettes konterrevolutionäres Schwein“ an. Bis in die 70er Jahre rückte dieser Begriff immer stärker in den Mittelpunkt des politischen Systems Nordkoreas und wurde mit dem Anspruch, ein philosophisches Gesamtmodell zur Gestaltung der koreanischen Gesellschaft und zur Wiederherstellung der koreanischen Einheit, darüber hinaus aber auch ein Modell für andere unterdrückte Völker, den Weg zur Unabhängigkeit zu finden, ausgebaut; als ideologisches Leitprinzip des Landes ist Juche in Art. 3 der Verfassung verankert und wird durch einen 170 m hohen Turm in Pyongyang verherrlicht. Während China und Albanien jeweils eine weltweite Korona fast durchweg bedeutungsloser Kleinstparteien förderten, die Ausgangspunkt einer neuen Komintern werden sollten, initiierte Nordkorea weltweit Studiengruppen der Juche-Idee, die direkt oder über Japan angeleitet wurden. Es appellierte damit nicht in erster Linie an radikalkommunistische Sekten; der Appeal des Juche als antiimperialistischer Ideologie vereinte auf einem Kongress 1977, an dem Delegierte aus 73 Ländern teilnahmen, einen syrischen Minister, den Vorsitzenden der (damals regierenden) Maltesischen Labour Party, Funktionäre der griechischen Sozialisten (PASOK) und Eurokommunisten (KKE) mit zahlreichen Vertretern afrikanischer und anderer Entwicklungsländer. Der Widerspruch, dass Juche als originärer Weg Koreas zur sozialistischen Revolution nicht die Blaupause für andere Länder abgeben kann, liegt auf der Hand. Noch immer fördert Pyongyang Juche-Studiengruppen im Ausland, doch ist die praktische Untauglichkeit der Theorie zu augenfällig, um noch breitenwirksam zu sein. Dabei wird immer deutlicher, dass Juche nicht als Bereicherung des Marxismus-Leninismus um Spezifika unter dem Hintergrund der koreanischen Geschichte und Kultur verstanden wird, sondern als eigene originale Philosophie, die notwendig geworden sei, da der Marxismus-Leninismus in seiner zeitlichen Bedingtheit nicht mehr in der Lage sei, die Herausfor-

derungen des späten 20. bzw. frühen 21. Jahrhunderts zu beantworten. Hatten sich bis dahin alle kommunistischen Theoretiker als Schüler und Weiterentwickler des Gedankenguts von Marx und Lenin verstanden, so beanspruchte Kim Il Sung philosophiegeschichtlich gegenüber Marx dieselbe Haltung wie dieser seinerzeit gegenüber Hegel: Er verstand sich nicht als Weiterentwickler von Marx, sondern als sein Überwinder. Juche hat eine andere Qualität als die in Albanien entwickelte Theorie von der Möglichkeit einer autozentrierten Entwicklung nach dem Prinzip „Sich auf die eigenen Kräfte stützen“. Aus albanischer Sicht war die Integration in wirtschaftliche und militärische Bündnissysteme sowie die Bereitschaft zu Kreditaufnahme und Verschuldung mit den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit unvereinbar; die Alternative bestand darin, durch gesteigerte und extensive Arbeitsleistung der Bevölkerung und unter Verzicht auf technologische Innovation mit Hilfe des Auslandes, aber auch auf Kosten des Privatkonsums eine solche Abhängigkeit zu vermeiden und gleichzeitig eine militärische Defensivstrategie zu entwickeln, die im Konfliktfall eine kampflose Besetzung des Landes, wie sie Albanien 1939 oder die Tschechoslowakei 1968 erleben mussten, nicht möglich machen würde; in Umsetzung dieser Strategie wurden im Land flächendeckend mehrere hunderttausend Bunker errichtet. Der Autarkismus des Juche ist umfassend und umfasst die Aspekte der Unabhängigkeit (*chaju*) in der Politik, der self-reliance (*charip*) in der Wirtschaft und der Selbstverteidigung (*chawi*) im militärischen Bereich unter Anwendung der Kreativität (*changjo*). Gerade durch den Anspruch der Kreativität ist Juche zu einem fluiden Dogmatismus geworden, der seine selbst gesetzten Grundsätze jederzeit ändern kann, ohne unter ideologischen Begründungszwang zu geraten. Die Ausformulierung der Juche-Theorie nahm Jahrzehnte in Anspruch und ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Ihre Autoritäten sind selbstverständlich Kim Il Sung und Kim Jong Il. Derzeit maßgeblich ist eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen Kim Jong IIs aus den Jahren 1974-1996, deren Darlegungen von

Redundanzen und Zirkelschlüssen geprägt ist. Kim junior bezeichnete danach bereits 1976 die Staatsideologie als Kimilsungismus, der die drei Elemente der Ideologie, Theorie und Methode des Juche umfasse; jedes dieser Elemente sei „eigenschöpferisch“. Die Juche-Ideologie gehe über den dialektischen Materialismus hinaus, weil sie sich nicht auf die Frage des Primats von Materie oder Bewusstsein beschränke, sondern den Menschen, das einzige gesellschaftliche Wesen mit „Souveränität, Schöpfertum und Bewusstsein“ als Herrn über alles definiere. Die Einschränkung, dass er den Naturgesetzen unterworfen ist, findet sich erst in einer auf 1990 datierten Rede, jedoch mit dem Anspruch, der Mensch nutze die Naturgesetze aus eigener Initiative zur Umgestaltung von Natur und Gesellschaft. Das Leben des Menschen erhalte erst durch seinen organisierten politischen Einsatz einen Sinn. (Daraus abgeleitet sind die Nordkoreaner gehalten, sich täglich nach der Arbeit mehrere Stunden dem Studium der Ideologie zu widmen.) Der Mensch könne aber Eigenständigkeit und Souveränität nur im Kollektiv verwirklichen, weswegen Kollektivismus sein wesentliches Bedürfnis ist, was Marx nicht erkannt habe. Deshalb hat Nordkorea sowohl Grundeigentum als auch jeden leistungsfördernden materiellen Stimulus beseitigt. Diese hochgradig idealistische Sicht des Menschen hat kaum noch Schnittmengen mit marxistischer oder leninistischer Philosophie hat, sehr viel mehr dagegen mit ostasiatischen philosophischen Traditionen. Auch die Theorie zur Errichtung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung und zur Befreiung der Nation und der Menschheit gehe über den Marxismus-Leninismus hinaus; ihre Richtigkeit sei durch den erfolgreichen Aufbau Nordkoreas erwiesen. Demgegenüber sei der Untergang des Sozialismus in Osteuropa und anderswo mit dem Abgleiten der „Revisionisten“ in die Sozialdemokratie und damit in den Kapitalismus zu erklären - theoretisch kaum stringent, da es in Nordkorea zwei Blockparteien gibt, davon eine „sozialdemokratische“. Auch die „eigenschöpferische“ revolutionäre Führungsmethode habe

den Erfolg gesichert, denn die „Volksmassen“ seien zwar das Subjekt der Geschichte“, könnten aber nur unter einer „klugen Führung“ wirksam werden. Dabei entsteht eine Hierarchie: Volksmassen – Arbeiterklasse – Partei der Arbeiterklasse – Führer, wobei dieser Führerbegriff nicht einmal mehr den Anspruch der demokratischen Legitimation im Sinne des demokratischen Zentralismus erhebt. Die Massen sind nicht dazu da, ihren oder ihre Führer zu wählen, sondern ihnen zu folgen:

„Die Idee vom Führer ... erhellt die wertvolle Wahrheit, dass nur, wenn die Volksmassen sich um den Führer vereinen und sein Führertum hoch halten, sie auch die Integrität erwerben können, unabhängige Subjekte der Geschichte und ihrer Glorifizierung zu sein.“

Die Führungsmethode, nach einem von Kim Il Sung 1960 besuchten Dorf „Chongsan-Ri-Methode“ genannt, besteht darin, dass der jeweilige Führer eine Siedlung, einen Landwirtschaftsbetrieb, eine Armeeeinheit, eine Institution etc. besucht, sich über die dort geleistete Arbeit berichtet lässt und seine Bemerkungen und Empfehlungen abgibt, die von seiner Entourage bis ins Kleinste aufgezeichnet und in Richtlinien umgesetzt werden, da der Führer ja auf ausnahmslos allen Gebieten Omnikompetenz besitzt. Diskussionen mit den tatsächlichen Fachleuten sind in diesem Verfahren nicht vorgesehen. (Im Bereich der Industriebetriebe gilt das ebenfalls in der Verfassung verankerte „Tae-aner System“, bei dem die Vor-Ort-Anleitung auch auf die Gleichstellung der Parteikader, der Techniker und der Arbeiter abzielt.) Die dem Menschen eigene Souveränität müsse auch im nationalen Maßstab umgesetzt werden; ein Volk könne zwar Hilfe annehmen, müsse aber seine Probleme grundsätzlich aus eigener Kraft lösen. Eine arbeitsteilige Wirtschaft im Rahmen eines Wirtschaftspaktes oder gar im Sinne einer Globalisierung würde den Verrat an Eigenständigkeit und Souveränität bedeuten. Um Probleme eigenständig lösen zu können, müsse nicht nur die Partei, sondern das ganze Volk von der eigenständigen revolutionären Ideologie durchdrungen sein. Kernbereiche der Wirtschaft seien (ganz im klassischen stalinistischen

Sinn) die Schwerindustrie, daneben die Landwirtschaft und die Leichtindustrie. Denselben Autozentrismus postuliert Kim Jong Il für den am stärksten entwickelten Sektor der nordkoreanischen Gesellschaft, die Armee, die aus den Volksmassen hervor gehe; über das stehende Heer hinaus müsse das ganze Volk unter Waffen stehen und das ganze Land eine Festung sein, da nicht die Bewaffnungsstandard, sondern die ideologische Moral kriegsentscheidend seien. Er bereicherte die Theoriebildung um die Politik des *Songun* (Armee zuerst), womit der Wechsel der führenden Rolle innerhalb der Gesellschaft von der Arbeiterklasse zur Armee und damit die Pflicht des Staates zur konsequenten Bevorzugung der Armee in allen Bereichen gemeint sind. So schrieb die Parteizeitung *Rodong Sinmun* am 13.08.2004:

„Die Arbeiterklasse hat in der Vergangenheit die Rolle der treibenden Kraft der Revolution gespielt. Doch sind die Zeiten vorangeschritten und die sozialen und historischen Bedingungen haben sich geändert. Die heutige Arbeiterklasse unterscheidet sich grundlegend von der in der Periode des Industriekapitalismus und der proletarischen Revolution ... Die revolutionäre Armee hat den höchsten revolutionären und kämpferischen Geist und den stärksten Sinn für Organisation gegenüber jeder anderen Gruppe. Die Koreanische Volksarmee ist die revolutionärste, kämpferischste und stärkste revolutionäre Gruppe in unserer Gesellschaft.“

Während überall sonst die Volksarmee als bewaffnete Formation der Arbeiter und Bauern definiert wurde, löst Kim Jong Il sie von den „herrschenden Klassen“ des Sozialismus und macht sie zur herrschenden Schicht seines eigenen Sozialismus-Entwurfes. Sie ist der Garant der Landesverteidigung und der Träger der Wiedervereinigung. Sie ist für Zivilschutz und Katastrophenschutz verantwortlich. Sie wurde zum ökonomischen Faktor mit eigenen Außen- und Binnenhandelsstrukturen und soll bereits ein Viertel der Produktion leisten. Zugleich bindet sie gewaltige Ressourcen; im Staatshaushalt wurden 2001/02 14,4 % für

Verteidigung aufgegeben; die tatsächlichen Ausgaben werden noch weit höher, bis zu 31,3 % des BIP, geschätzt. Das Heer soll über 1 Million Soldaten umfassen, dazu kommen 60.000 Soldaten in der Marine und 110.000 in der Luftwaffe. Mit Reservisten kommen die Streitkräfte auf über 6 Millionen Menschen. Nordkorea soll über 2.000 Panzer, 1.600 Kampfflugzeuge und 800 Kampfschiffe besitzen.

Der Wehrdienst ist extrem lang; nach unterschiedlichen Angaben soll er für Männer vier bis zehn Jahre, für Frauen drei bis sieben Jahre betragen und für die Rekruten mit Isolation von der Familie (kein Heimaturlaub, Eheverbot) verbunden sein.

Die Verschlechterung der Beziehungen Pyongyangs zu Seoul und Washington kann nicht als einseitige Aggressionspolitik gedeutet werden; auch in Nordkorea besteht eine realistische Einschätzung, dass eine Neuaufgabe des Koreakrieges für alle Beteiligten noch ruinöser wäre als in den 50er Jahren. Es handelt sich vielmehr um eine von beiden Seiten betriebene Eskalation der Abschreckungssignale.

Wie Juche wird auch Songun historisch als Leitbild der gesamten Revolutionsgeschichte rückprojiziert. Songun stellt den theoretischen Überbau für die einzigartige Konstruktion an der Staatsspitze Nordkoreas dar. Nach Einhaltung der dreijährigen Trauerzeit wurde 1997 beschlossen, den 1994 verstorbenen Kim Il Sung zum Staatspräsidenten auf ewig zu erklären. Es wurde das Präsidentenamt also nicht einfach wie in der DDR 1960 nach Wilhelm Piecks Tod abgeschafft, wo man die Gelegenheit nutzte, zu der für den Ostblock typischen Form überzugehen, wonach entweder der Vorsitzende des ständigen Parlamentspräsidiums oder der Vorsitzende eines Staatsrates das nominelle Staatsoberhaupt war. Die Perpetuierung von Kim Il Sungs Präsidentschaft, die bereits zu seinen Lebzeiten durch zahllose Parolen angekündigt worden war, war vielmehr die konsequente Umsetzung der Juche-Ideologie; der Mensch ist Herr über die Natur und damit auch über seinen eigenen Tod.

Für die „handwerklichen“ Notwendigkeiten eines Staatsoberhauptes (zum Beispiel zur Akkreditierung

von Diplomaten) ist seither der Vorsitzende des Parlamentspräsidiums zuständig. Kim Jong IIs Herrschaft hingegen basiert auf drei institutionellen Säulen:

1. Er ist Kim Il Sungs Sohn und war bereits zu dessen Lebzeiten designierter Nachfolger.
2. Das für ein kommunistisches Land vordergründig wichtigste Amt ist scheinbar, dass er Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas ist; diese Funktion ist in der Vergangenheit in allen kommunistischen Systemen die entscheidende Machtposition gewesen.
3. Viel wichtiger ist aber tatsächlich sein Vorsitz in dem erst 1992 gebildeten Nationalen Verteidigungskomitee sowie der ihm schon 1991 übertragene Posten des Oberkommandierenden. Dies und nicht die Parteifunktion ist im heutigen Nordkorea die weit wichtigere; auch in Verlautbarungen und im Protokoll wird diese Funktion statt des Parteiamtes erwähnt.

Das Militär ist in Nordkorea weder der Exekutive noch der Legislative noch der Partei unterstellt, sondern ihnen übergeordnet. Dazu gehört auch, dass der Verteidigungsminister nicht der Autorität des Ministerpräsidenten untersteht, ebenso der Innenminister und der Minister für Staatsschutz. Mit der Verfassungsnovelle von 1998 ist Nordkorea im Übrigen wieder zur kommunistischen Normalität des Institutionenkatalogs zurückgekehrt. Die in der Verfassung von 1972 zum „Verwaltungsrat“ zurückgestufte Regierung ist nicht mehr auf rein administrative Funktionen beschränkt; das vom Präsidenten geleitete Zentrale Volkskomitee, das alle Staatsorgane anleitete, wurde gestrichen.

Die Partei der Arbeit Koreas hatte 1980 drei Millionen Mitglieder; aktuellere Zahlen sind nicht erhältlich. 1980 fand der VI. und bisher letzte Parteitag statt, obwohl die Satzung den international üblichen Fünfjahres-Rhythmus verlangt. In keinem kommunistischen System war es denkbar, dass die Partei als führende Kraft des Staates und der Gesellschaft über ein Vierteljahrhundert hinweg darauf verzichtet, sich auf einem Parteitag in ihrer Führungsrolle selbst

zu bestätigen, ihre Leitungsorgane zu wählen und ihre Programmatik neu zu bestimmen. Die Parteitage waren nirgends Organe der Mitbestimmung der Parteibasis, sondern sorgfältig orchestrierte, bis ins Kleinste durchgeplante Liturgien, bei denen es kaum Spielräume für Überraschungen bei Redebeiträgen oder Personalentscheidungen geben konnte.

Diese extrem lange Periode gab der politischen Führung des Landes die Möglichkeit, weitgehende Strukturveränderungen vorzunehmen. Die Parteiführung ist noch komplizierter zusammengesetzt, als dies in anderen Ländern der Fall ist: Es gibt nicht nur das Zentralkomitee (ZK), das allerdings ebenfalls nur noch auf dem Papier steht, weil es zuletzt im Dezember 1993 getagt hat, das Politbüro und das Sekretariat des ZK; es gibt darüber hinaus noch ein Präsidium des Politbüros, das derzeit anscheinend nur aus Kim Jong Il besteht, sowie mehrere Kommissionen, darunter eine Militärkommission. Die Wahl Kim Jong IIs zum Generalsekretär der Partei (nicht: des ZK!) wurde 1997 in einer Erklärung des ZK und der Militärkommission verkündet; das deutet auf eine Gleichrangigkeit beider Gremien hin, was bedeuten würde, dass sich der Militärapparat sogar innerhalb der Parteiführung verselbständigt hat.

Dies alles bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass Nordkorea sich von einer traditionellen kommunistischen Volksrepublik zu einer extrem kollektivistischen Militärdiktatur mit einem theoretischen Überbau *sui generis* entwickelt hat.

Obwohl die Machtübernahme der albanischen Kommunisten in ähnlicher Form wie die ihrer koreanischen Genossen auf dem Weg über einen Partisanenkrieg gegen die Besatzungsmacht und einen Bürgerkrieg gegen ihre Kontrahenten verlief, war der Übergang von einer Partisanenregierung in eine zivile Administration nicht reversibel. Das soll nicht heißen, dass nicht auch in Albanien die Gesellschaft militarisiert war – ganz im Gegenteil. Es gehörte zur Herrschaftstaktik der PPSH, spätestens nach dem Eintritt in die isolationistische Phase die Psychose zu kultivieren, dass es alle Welt nur darauf abgesehen habe, Albanien

erneut um seine im 20. Jahrhundert bereits mehrmals verlorene Unabhängigkeit zu bringen. Die kollektive Verteidigungsbereitschaft wurde durch Wehrdienst (auch für Frauen, wenn auch mit Einschränkungen), Wehrübungen, das Wachhalten der Erinnerung an den Partisanenkrieg und den Bunkerbau am Leben gehalten.

Zwar hatte die Volksarmee (*Ushtria Popullore*) eine starke institutionelle Stellung, doch war sie von der politischen Führung immer abhängig, nie umgekehrt.

Bei den großen Säuberungswellen der frühen 70er Jahre richtete sich der härteste Schlag gegen die Armeeführung; unter anderem wurde der von 1953 bis 1974 amtierende Verteidigungsminister Beqir Balluku hingerichtet; Ministerpräsident Mehmet Shehu, der das Ressort zeitweilig mit übernahm, endete 1981 unter noch nicht ganz geklärten Umständen im erzwungenen Selbstmord, und auch sein Nachfolger als Verteidigungsminister, Kadri Hazbiu, wurde hingerichtet. In Albanien lebten bis in die 80er Jahre Herrschaftspraktiken fort, die in den Ostblockländern spätestens seit den 50er Jahren als überwunden galten.

6. Geschichtsbild

Im öffentlich verankerten Geschichtsbild werden seitens vieler autoritärer Regimes die Anciennität und Autochthonie des Volkes als Argument für den besonderen Wert eines Volkes und seiner Kultur und für die Realisierung von Ansprüchen und Forderungen herangezogen. Je weiter man daher die eigene Geschichte in die Vergangenheit zurückdatieren kann, desto legitimer werden politische Forderungen.

Die albanischen Kommunisten knüpften an ein älteres, aus der romantischen Nationalbewegung übernommenenes und unter König Zogu kultiviertes Geschichtsbild an. Auf der wissenschaftlichen, auf der pädagogischen und auf der propagandistischen Ebene wurden dreitausend Jahre albanischer Geschichte auf den Nenner gebracht: „Das albanische Volk hat sich seinen Weg durch die Geschichte mit dem Schwert in der Hand gebahnt“, wie ein bei unzähligen Anlässen wie-

derholtes Diktum Hoxhas lautete. Danach waren die Albaner als Ureinwohner ihres heutigen Siedlungsgebietes in ethnischer Kontinuität mit Pelasgern und Illyrern immer der Gefahr ausgesetzt, von ihren Feinden ethnisch vernichtet zu werden; sie haben sich aber als historisch überlegen erwiesen und einen dreitausendjährigen erfolgreichen Überlebenskampf geführt, indem sie trotz regionaler und religiöser Differenzen das Konzept des *unitet kombëtar* umgesetzt haben. In diesem Kampfe habe es vier Höhepunkte gegeben: die eigenständige illyrische Kultur, der Kampf Skanderbegs gegen die Türken, die *Rilindja* und den LANÇ, der nahtlos in den sozialistischen Aufbau übergegangen sei. Das von der *Rilindja* entwickelte Geschichtsbild wurde also fortgeschrieben und historisch-materialistisch neu gedeutet. Jeder dieser Höhepunkte bedeutete eine weitere Stufe in der Geschichte der Klassengesellschaften: Die Illyrer waren in der Sklavenhaltergesellschaft organisiert, Skanderbeg vertrat die Feudalklasse, die *Rilindja* wurde als albanische Version der bürgerlichen Revolution gedeutet, und der Partisanenkrieg war zugleich Widerstandskampf und Volksrevolution (*revolucion popullor*), durch den ein albanischer Staat geschaffen wurde, der alle Hoffnungen früherer Generationen und ihrer Vorkämpfer verwirklicht habe. Zu dieser Perspektive gehörte natürlich, dass man die historische Rolle dieser Vorgängerkulturen auf Kosten der Rollen anderer Völker und anderer Persönlichkeiten in extremo überhöhte. Antike Funde auf albanischem Boden mussten illyrisch sein; Griechen und Römer hätten bestenfalls etwas Beiwerk beigesteuert. Skanderbeg und dreihundert Jahre später Ali Pascha von Janina hätten bereits albanische Nationalstaaten gegründet, und natürlich wurde jeder noch so offensichtliche Hinweis auf slawische Vorfahren Skanderbegs als nationale Beleidigung zurückgewiesen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass das Problematische dieser Sichtweise in der Interpretation liegt, nicht so sehr in der Konstruktion falscher Fakten. Die direkte Ethnogenese der Albaner aus den Illyrern ist nicht beweisbar, weil vom Illyrischen außer Orts- und Personennamen keine Tex-

te erhalten sind, die eine direkte Entwicklung des modernen Albanischen aus der illyrischen Sprache zweifelsfrei beweisen könnten; dennoch ist die illyrische Abstammungstheorie zumindest gut vertretbar und wird auch von der Mehrzahl der internationalen Forschung akzeptiert. Die albanischen Geschichts- und Sprachforscher waren zwar gezwungen, sich an die Richtlinien des Systems zu halten und durch Einarbeitung von Zitaten Enver Hoxhas ihre Loyalität zu bezeugen; dennoch ist der Aufbau eines funktionierenden Hochschul- und Wissenschaftssystems eine der bleibenden Leistungen des kommunistischen Systems, von dem das postkommunistische Albanien profitierte.

In der Nachbearbeitung der Geschichte war der nordkoreanischen Führung jedes Mittel Recht, um die historische Vergangenheit ihres Volkes zurückzudatieren. 1993 warteten nordkoreanische Historiker und Archäologen der sensationellen Entdeckung auf, man habe das zweifelsfrei authentische Grab des Königs Tangun gefunden, in dem sich noch Knochenüberreste des Königs und seiner Frau fanden. Tangun war eine mythische Figur, Abkömmling eines Gottes und einer Bärin, der vor rund 5000 Jahren das erste koreanische Reich Choson (dessen Name heute Bestandteil der Staatsbezeichnung ist) gegründet haben sollte, d.h. etwa zeitgleich mit den frühesten Staatsbildungen in Ägypten und Mesopotamien. Die Identität einer Gestalt, die bis dato als Mythengestalt galt, anhand von Knochenüberresten nachzuweisen, entbehrt selbstverständlich jeder Grundlage. Dennoch wurde bereits 1994 die Grabanlage so ausgebaut, dass man eine neue Wallfahrtsstätte für Koreaner (und eine neue Devotenseinnehmeanlage für Touristen) geschaffen hatte.

Mit Tangun beginnt das teleologische nordkoreanische Geschichtsbild, das über eine Kette von Nationalstaatsbildungen bzw. von Widerstandsbewegungen gegen nationale Unterdrückung von außen (Japan, USA) auf die Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung durch Juche hinausläuft, die sich durch die bzw. in den Personen von Kim Il Sung und Kim Jong Il manifestiert, deren Standpunkt in jedem historischen

Konflikt unhinterfragt der einzig richtige ist. Die historische Legitimität liegt ausschließlich bei der KDVR, deren Staatsbildung nichts mit sowjetischer Intervention zu tun hat; die Republik (Süd-)Korea ist ein historisch illegitimer Versuch der US-Imperialisten, das koreanische Volk zu spalten. Der Widerstandskampf gegen die Japaner und der Koreakrieg (bei dem die Rolle der VR China sich auf den Einsatz Freiwilliger reduziert) nehmen denselben zentralen Stellenwert ein, den der Antifaschistische Nationale Befreiungskrieg in der Kulturpolitik der albanischen Kommunisten spielte.

7. Menschenrechtsverletzungen

Die Durchsetzung des Konzepts der *unitet* erfolgte durch den Klassenkampf, das düsterste Kapitel des Hoxha-Systems. In der innerleninistischen Debatte, wie lang der Klassenkampf nach der sozialistischen Revolution noch andauert, bezog Albanien - wie immer - einen extremen Standpunkt: Während die sowjetleninistische Theorie ihn mit der Errichtung des Sozialismus nach Beendigung einer Übergangsperiode für abgeschlossen hielt, proklamierte Hoxha spätestens nach dem Bruch mit der UdSSR das unvermeidbare Fortdauern des Klassenkampfes im Sozialismus. Er höre erst mit dem Ende aller Klassen und des Staates an sich, also mit dem Übergang zum Kommunismus, auf. Auch wenn die Ausbeuterklassen beseitigt seien, würden die ehemaligen Mitglieder der herrschenden Klassen danach trachten, ihre Macht zurück zu gewinnen. Sie führten ihren Kampf in erster Linie mit ideologischen Mitteln; daneben träten „neue bürgerliche, degenerierte revisionistische und parteifeindliche Elemente“ auf. Gleichfalls müsse der Klassenkampf gegen die ideologische Offensive von außen entwickelt werden, so dass er eine innere und eine äußere Komponente habe. Die Frontlinie verlaufe auch innerhalb der Partei. Daher ist die Geschichte der PPSH bis mindestens 1982 eine Geschichte ständiger Säuberungen innerhalb der Führung, mit Auswirkungen auf den Funktionärskörper und wohl auch auf die Basis, gewesen. Hier spielte nur zum Teil ideologischer

Dissens eine Rolle, obwohl immer mit ideologischen Brandmarkungen (Trotzkismus, Nationalismus, Opportunismus, Titoismus, Revisionismus) gearbeitet wurde. In jedem Falle wurden Verschwörungen in direkter Zusammenarbeit mit äußeren Feinden (Emigranten, Westmächte, Jugoslawien, UdSSR) zum Sturz der „Volksmacht“ konstruiert und tatsächliche oder vermeintliche Verantwortliche für Misserfolge aus der Führung ausgeschlossen; fast immer folgte auch der Parteiausschluss, der einer „politischen Erschießung“ gleichkam, die Verhaftung, jahrzehntelange Inhaftierung bzw. Internierung oder die tatsächliche Erschießung. Die PPSH kultivierte also Praktiken, die alle übrigen osteuropäischen KPen seit den 50er Jahren aufgegeben hatten bis zur Perfektion. Der Gipfel und Schlusspunkt wurde mit dem (wohl erzwungenen) Selbstmord des Ministerpräsidenten Mehmet Shehu 1982 gesetzt. Die Liquidierung von Hoxhas letztem einflussreichen Weggefährten aus dem LANÇ markierte auch gleichzeitig das eigentliche Ende der Ära Hoxha, dessen Nachfolge der schwache, als „liberal“ geltende, uncharismatische Ramiz Alia antrat.

Der Klassenkampf war bis 1991 identisch mit Repression hohen Ausmaßes. Nach Angaben des Verfolgtenverbandes wurden 5.577 Männer und 450 Frauen hingerichtet. Aus politischen Gründen verurteilt wurden 26.768 Männer und 7.367 Frauen, von denen insgesamt 1.065 Menschen in der Haft starben. 408 Menschen verloren den Verstand. In der Internierung starben 7.022 Menschen. Insgesamt wurden 91.400 Jahre Gefängnis und 256.146 Jahre Internierung verhängt.

Diese Verfolgung ging in erster Linie vom Innenministerium, besonders der Staatssicherheit (*Sigurimi i Shtetit*) aus, die von einem Stellvertretenden Innenminister geleitet wurde. Es ist dabei kein Zufall, dass alle Innenminister der Ära 1946-82 (Koçi Xoxe, Nesti Kerenxhi, Mehmet Shehu, Kadri Hazbiu, Feçor Shehu) irgendwann in Säuberungswellen untergegangen sind, die nur der wenige Wochen amtierende Nesti Kerenxhi überlebte. Der Sicherheitsapparat handelte nicht jederzeit einheitlich; es gab bisweilen Rivalitäten zwischen Polizei und *Sigurimi* bzw. zwischen deren politischen Kontrolleuren.

Der *Sigurimi* bestand z.T. aus bewaffneten Abteilungen, und unterhielt wie jeder nach innen wirkende Geheimdienst mit Polizeifunktion ein flächendeckendes Netz hauptamtlicher ziviler Mitarbeiter, die ihrerseits weiteste Teile der Bevölkerung zu gelegentlichen oder regelmäßigen Informantentätigkeiten anwarben oder erpressten. Es gab Sektionen für Zensur, Gefangenenlager, Auslandsaufklärung, Gegenspionage, Bekämpfung oppositioneller Strömungen u. a. Die Möglichkeiten zu Verhaftungen und schlimmeren Willkürakten bis hin zu Folter und Ermordung waren groß; für diesen Bereich der Staatstätigkeit muss (trotz der politischen Kontrolle des Gesamtapparats durch die Parteiführung) von einer verselbstständigten Exekutive gesprochen werden. Bis zur Justizreform von 1990 konnten die Behörden ohne Gerichtsbeschluss Personen, die „eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung der RPSH darstellen“, sowie die Angehörigen von Republikflüchtigen im Lande zu verbannen, ihnen also das Betreten ihres bisherigen Wohnorts zu verbieten, oder sie zu internieren, sie also in besonders armselige, in jeder Beziehung unterversorgte Dörfer einzuweisen, die sie nicht mehr verlassen durften und wo selbst Medikamentenzuteilung oder Schulbesuch von der Willkür der örtlichen Beamten abhängig war; in manchen dieser Dörfer lebten außer den Verbannten nur noch das Wach- und Verwaltungspersonal, in anderen waren die Verbannten von der übrigen Bevölkerung sozial isoliert. Dazu kamen die Arbeitslager (die berüchtigtsten in Spaç und Burrel), in denen meist -aber nicht ausschließlich - Verurteilte untergebracht wurden; oft unmenschliche Haftbedingungen und Schwerstarbeit in Bergwerken führten zu ungezählten Todesfällen.

In Nordkorea gab es 1990 nach Schätzungen eines Diplomaten neben 850.000 Angehörigen der Streitkräfte rund 350.000 Polizisten und Geheimdienstmitarbeiter, dazu 1,7 Mio. Mitglieder der „Roten Arbeiter- und Bauerngarde“ und der „Roten Jugendgarde“, die militärisch organisiert sind. Auch der extrem

lange Wehrdienst wirkt kontrollierend. In den Großwohnblocks werden je ca. 20 Haushalte von einem Vorsteher kontrolliert und angeleitet. Überwachung und permanente Mobilisierung verhindern Dissens und Rückzug ins Privatleben. Dem in der Juche-Ideologie postulierten Grundbedürfnis des Menschen nach Kollektivität wird durch gemeinsame Aktivitäten in der wenigen Zeit Rechnung getragen, die durch Arbeit und politische Schulung noch nicht ausgefüllt ist: Besuche revolutionärer Gedenkstätten, sorgfältig geprobte Massenaufmärsche, Massengymnastik (Arirang).

Es existiert ein dichtes Netz von Lagern – nach unterschiedlichen Quellen 200 „normale“ und 10 für politische Häftlinge, nach US-Angaben 36 -, in denen politische und andere Verurteilte sowie rückgeführte Republikflüchtlinge festgehalten werden. Bei extrem hoher Arbeitsbelastung, schlechter Versorgung und hoher Sterblichkeit (Folter und Hinrichtungen sowie Schusswaffengebrauch durch die Wachen sind nach Angaben von Flüchtlingen ständige Praxis) müssen diese Gefangenen volkswirtschaftlich erhebliche Produktionsleistungen in Bergbau, Landwirtschaft, Bauwirtschaft u.a. erbringen, in manchen Sparten (Kohle, Mais) bis zu einem Drittel der Landesproduktion. Dazu kommen Deportationsgebiete, in die die Angehörigen von Flüchtlingen u.a. eingewiesen werden können. Gegenüber Ausländern wird erklärt, es gebe weder Gefängnisse noch die Todesstrafe. Bei Rechtsverstößen gebe es Belehrungen durch das Kollektiv; falls dies nichts nütze und der Täter rückfällig werde, würde er für eine begrenzte Zeit in ein Erziehungslager eingewiesen. Demgegenüber soll das Strafgesetzbuch 47 Delikte mit der Todesstrafe bedrohen. Eine Quantifizierung ist unmöglich; Rigoulot rechnet die getöteten Verfolgungsoffer auf 1,5 Millionen hoch, hält aber gleichzeitig die Angaben der Opfer der Hungersnot für ein zynisches Manöver der nordkoreanischen Führung, um internationale Hilfe zu erpressen. Dabei ist zu bedenken, dass für Albanien direkt nach dem Umsturz 100-200.000 Tote hochgerechnet wurden, was sich unrealistisch erwies.

Der Sicherheitsapparat ist nicht gänzlich in das Innenministerium integriert; es gibt ein eigenes Sicherheitsministerium (derzeit General Ju Sang Song).

Die Sozialpolitik ist biologistisch bestimmt. Dass keine Behinderten im Stadtbild der großen Städte auftauchen, soll daran liegen, dass sie in nördliche Provinzen umgesiedelt werden, soweit ihre Geburt nicht schon durch Abtreibung verhindert wird. Das Ideal der Reinheit der koreanischen „Rasse“ soll sich mit großer Schärfe gegen Frauen richten, die aus China zurückgeführt wurden und dort schwanger wurden (Prostitution soll besonders im Grenzgebiet üblich sein). Die Aufwertung der Nation und der „Rasse“ korrespondiert mit der Betonung des nationalen Charakters von Juche und dem Rückgang der Aktivitäten für dessen Export.

8. Reformen

Albaniens Etatismus erreichte mit dem VIII. Parteitag der PPSH 1981 ihren Höhepunkt, als die ohnehin minimalen Kooperativistenhöfe noch weiter verkleinert wurden und ihre Erträge zu staatlich festgesetzten Abnahmepreisen verkauft werden mussten, worauf die Bauern mit Massenschlachtungen reagierten. Mitte der 80er Jahre wurde mit einer vorsichtigen Reformpolitik im wirtschaftlichen, nicht aber im politischen Bereich begonnen, die den politischen Schwerpunkt von der Ideologie zur Produktion verschob, um der Rezession und der aufkeimenden Unzufriedenheit Herr zu werden, konnte aber die strukturellen Defizite des Isolationismus nicht beseitigen. Albanien verlor mehrere Jahre durch interne Richtungskämpfe zwischen moderaten Reformern um Staats- und Parteichef Ramiz Alia und Traditionalisten um Enver Hoxhas Witwe Nexhmije, die in Reformen zu Recht eine Gefahr für das System an sich sahen. Erst 1990 wurden unter dem Eindruck des Zusammenbruches im Ostblock und unübersehbarer Zeichen von Protesten politische und ökonomische Maßnahmen bis hin zur Legalisierung von Oppositionsparteien ergriffen, die an die Substanz der Ideologie gingen, auch wenn man zunächst versuchte, diesen Bruch zu leugnen.

Pyongyang grenzte sich von liberalisierenden Reformen im Ostblock scharf ab und verwies auf das Scheitern der dortigen Regimes; andererseits wurde unter chinesischem Einfluss eine Reihe von Wirtschaftsreformen angeordnet:

- Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (z.B. Sinuiju an der chinesischen Grenze)
- Erschließung von Fremdenverkehrsgebieten für Südkoreaner im Diamantgebirge
- Preiserhöhungen für Strom, Treibstoff und Nahrungsmittel, um einen Anreiz für die Kooperativen zu schaffen (die Aufkaufpreise für Reis wurden von 0,8 auf 40 Won/kg, der Verbraucherpreis von 0,08 auf 44 Won),
- Parzellen zur privaten Nutzung durch die Kooperativbauern
- Tolerierung privater Bauernmärkte
- Erhöhung der Löhne (Durchschnittslöhne von Arbeitern von 110 auf 2.000 Won).

Die Preiserhöhungen verschlechterten die Situation der Städter noch weiter; die Reiserationen wurden wieder auf 300 g/Tag gesenkt. Derzeit soll es rund 6,5 Mio. Menschen (fast 30 % der Bevölkerung) von ausländischer Hilfe abhängig sein.

Auffallende Veränderungen gibt es beim Straßenverkehr in Pyongyang, der noch Anfang des Jahrzehnts auf öffentliche Nahverkehrsmittel und Armeelaster reduziert war, 2004 jedoch nicht nur wegen der Fahrräder, sondern auch wegen zahlreicher PKW's an Dichte gewonnen hat.

Die Öffnung für ausländisches Kapital geht jetzt bereits weiter als in Albanien im Zerfallsjahr 1990. Nicht nur Joint Ventures sind seit 1999 legal, sondern sogar ausschließlich in ausländischem Besitz befindliche Unternehmen.

Die italienische Firma Fiat hat (angeblich mit Geldern des südkoreanischen Sektenführers Mun San Myung) ein Joint Venture gegründet, in dessen Rahmen in Nordkorea importierte Teile eines Fiat-Modells „Hui Pa Ram“ montiert werden. Das Auto soll auch auf dem Binnenmarkt für 8.000 US-\$ erhältlich sein, was angesichts des minimalen Lohnniveaus nur für aus dem Ausland (Japan) heimkehrende Bürger denkbar ist. Für egalitaristische Systeme ist es langfristig nicht verkraftbar,

wenn nicht nur die politische Macht, sondern auch der Zugang zu westlichen Währungen der Schlüssel zu einem besseren Lebensstandard ist.

Nordkorea hat vom US-\$ auf den Euro als westliche Leitwährung umgestellt. Bei den Touristen wurden wegen des erheblichen Kursunterschiedes Mehreinnahmen erzielt, weil einfach die unveränderten Summen umgestellt wurden. Touristen wurden bei jeder Gelegenheit zu Ausgaben motiviert; zum Beispiel wurden historische Grabanlagen aufgesucht, aber nur von außen besichtigt; für den Zutritt ins Innere wurden zusätzlich bis zu 100 € pro Person verlangt.

Trotz der Änderungen, die sich im wirtschaftlichen Bereich abzeichnen, deuten keinerlei Anzeichen auf eine Lockerung im Inneren. So wurden im Sommer 2004 die Handys von Touristen konfisziert, während sie bei früheren Gelegenheiten lediglich deklariert werden mussten. Auch weiterhin wurden Touristen von Kontakten mit Einheimischen (mit Ausnahme ihrer Reisebegleiter) systematisch abgeschirmt; dementsprechend erübrigte sich auch jeglicher Geldumtausch in den nordkoreanischen Won.

Bei diesen Reformen wurde nicht explizit auf das chinesische Vorbild Bezug genommen. Der ideologische Voluntarismus und Autozentrismus ermöglicht es der nordkoreanischen Führung, jeden Paradigmenwechsel in der Politik als konsequente Weiterentwicklung des Juche zu interpretieren.

9. Perspektiven

Der Vergleich beider Systeme zeigt ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten in der Entstehung, Entwicklung und Herrschaftsausübung, aber auch gewichtige Unterschiede. Der albanische Kommunismus konnte sich nicht und seine Bevölkerung weder physisch noch mental so total abschirmen, wie das dem nordkoreanischen System gelungen ist. Er war in den 80er Jahren im europäischen Kontext ein Sonderfall wegen seiner ideologisch dominierten Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Doch Albanien blieb trotz aller ideologischen Abgrenzung vom Sowjetblock, von Jugoslawien und von China im Kontext der leninistisch-stalinistischen Systeme. Seine wachsende

Unfähigkeit, den Lebensstandard der Bevölkerung auf dem erreichten niedrigen Niveau zu stabilisieren oder gar anzuheben, und die über den Medienkonsum aufgezeigte Alternative ließen die Unzufriedenheit wachsen und versperrten die Möglichkeit, sich dem gesamteuropäischen Trend zu entziehen. Offene Dissidenz baute sich auf, als 1989/90 die übrigen leninistischen Systeme Europas kollabierten und das rumänische Beispiel zeigte, dass ein Systemwechsel friedlich oder blutig verlaufen konnte und dass die Führer das Risiko eingingen, mehr als nur ihre Macht zu verlieren.

Dabei konnte zunächst keine Rede von einem Konsens einer übergroßen gesellschaftlichen Mehrheit sein, da die PPSH die ersten pluralistischen Wahlen im März 1991 mit 56,2 % klar gewann, sich aber als außerstande erwies, diese Mehrheit zu nutzen. Eine Einparteien-Regierung kollabierte nach wenigen Wochen; über eine Allparteien-Koalition und eine Expertenregierung führte der Weg zu Neuwahlen nach nur einem Jahr, bei der die konservative Demokratische Partei Albanien einen Erdrutschsieg erzielte. Albanien schloss sich so mit der üblichen historischen Verspätung dem osteuropäischen Mainstream an, wobei in keinem europäischen Land die Transitionsphase so traumatisch verlief, bis hin zum Bürgerkrieg 1997.

Dabei ist die strukturelle Konstante der albanischen Gesellschaft ausschlaggebend: Der Bezugsrahmen des Albaners ist nicht die Gesellschaft bzw. deren Organisation, der Staat, sondern die Großfamilie, der seine Loyalität gehört. Der Staat ist vom Osmanischen Reich über die Zogu-Diktatur und das kommunistische Regime bis zu den postkommunistischen Systemen als etwas Repressives und Korruptes empfunden worden; den existentiellen Rückhalt findet der Mensch nur unter seinen Verwandten. Daher wird er sich höchst selten gegen seine Familie bzw. deren Oberhaupt stellen, wohl aber gegen den Staat. Das hat negative Auswirkungen, weil das Gewaltmonopol des Staates für die meisten Albaner eine nicht nachvollziehbare Norm ist (das Aufleben der Blutrache nach dem Systemwechsel ist ein Beleg dafür), aber auch positive, weil die Kosovo-Albaner in den 90er Jahren einen Parallelstaat gegen die serbische Herrschaft aufbauen konnten.

Die koreanische Tradition ist eine gänzlich andere. Hier gilt die konfuzianische Loyalität des Niederen gegenüber dem Höheren, des Untertanen gegenüber dem Staat. Das macht den Weg zur Rebellion weit länger als bei den Albanern, was durch die Tatsache, dass die Hungersnot der 90er Jahre nicht zu allgemeinen Aufständen geführt hat, hinreichend belegt wird.

Die Distanz zwischen beiden Systemen in Korea ist wesentlich größer als zwischen den beiden deutschen Staaten. In Pyongyang weiß man, dass eine Vereinigung durch einen freiwilligen Anschluss Südkoreas an die KDVR völlig utopisch ist. Die militärische Option würde wegen des sicheren US-amerikanischen Eingreifens zu einer flächendeckenden Verwüstung der gesamten koreanischen Halbinsel führen. Aus demselben Grund ist eine militärische Intervention der USA unwahrscheinlich, weil Nordkorea seine real vorhandenen Massenvernichtungswaffen einsetzen würde.

Südkorea wäre der Hauptbetroffene eines solchen Krieges; es hat aber auch kein Interesse an einem spontanen Kollaps des nordkoreanischen Systems und einem anschließenden Beitritt der KDVR, denn offenbar hat man in beiden koreanischen Staaten die Erfahrungen der praktisch unvorbereiteten Wiedervereinigung Deutschlands sehr genau ausgewertet. Südkorea wäre damit vollkommen überfordert. Die hohen Aufwendungen, die für die soziale Integration nordkoreanischer Flüchtlinge betrieben werden, sind nur leistbar, weil es so wenige sind, nicht aber bei 23 Millionen. Ohne staatliche Vereinigung würde nach einem Regimewechsel in Pyongyang aber eine Massenemigration in den Süden einsetzen. Diese Menschen, die für ein Leben in einer pluralistischen Leistungsgesellschaft überhaupt nicht vorbereitet sind, würden die südkoreanische Gesellschaft völlig überfordern. Seoul wird daher aller Voraussicht nach nichts unternehmen, um das Regime Kim Jong IIs zu destabilisieren, sondern einen langfristigen politischen und ökonomischen Wandel anstreben. Eine Wiederbelebung der Sonnenschein-Politik wird durch die weltpolitischen Rahmenbedingungen erschwert, die durch die Bestätigung der Bush-Administration kurzfristig keine Verbesserungen erwarten lassen.

Die Möglichkeit eines Umsturzes aus

dem Inneren des Systems heraus lässt sich aus Mangel an gesicherten Fakten kaum einschätzen; an der Loyalität der Armeeführung, die sich Kim Jong Il durch seine Songun-Politik gesichert hat, besteht kaum ein Zweifel.

Aber der Führung stehen paradoxerweise gerade durch die voluntaristische und autoreferentielle Juche-Ideologie alle Optionen offen, von einer Verschärfung der etatistischen Austeritätswirtschaft bis hin zu einer chinesischen Strategie, die Wirtschaft zu liberalisieren, ohne die politischen Strukturen zu demokratisieren. Sie steht anders als die albanischen Kommunisten in den späten 80er Jahren nicht mehr unter dem Druck einer globalen Veränderung. Kräfte im Inneren, die einen Sturz des Regimes anstreben, hätten bei keinem der drei Nachbarstaaten Südkorea, China und Russland unbedingten politischen Rückhalt, wenn sie nicht Stabilität und die Verhinderung eines unkontrollierten Massenexodus garantieren könnten. Gerade hier ist das Beispiel Albanien besonders abschreckend: nach Jahrzehnten heftiger Kritik an den Menschenrechtsverletzungen durch die Diktatur, insbesondere an Ausreiseverbot und Schießbefehl an den Grenzen, sahen sich die westlichen Länder, besonders Griechenland und Italien plötzlich mit Hunderttausenden von albanischen Flüchtlingen konfrontiert, die ihr Land jetzt verlassen konnten und wollten, denen aber die (legale) Einreise verwehrt wurde.

Der Untergang des leninistisch-stalinistischen Systems in Albanien war sowohl dem inneren wie dem äußeren Faktor geschuldet, der Unfähigkeit des Systems, die Mindestwartungen der Bevölkerung an einen wachsenden Lebensstandard und Freiheitsrechte zu sichern, ebenso wie dem europaweiten Zusammenbruch dieses Ordnungsmodells.

Das poststalinistische (nicht im Sinne der Überwindung des Stalinismus, sondern seiner Potenzierung durch einen in der Theorie neuen Typ der Revolution im eigenen Lande) Regime in Pyongyang wird derzeit durch den äußeren Faktor eher stabilisiert. Sein Ende kann schnell kommen, doch gilt für die KDVR in besonderem Maße das Wort, dass Totgesagte länger leben.

Michael Schmidt-Neke, Kiel

„Ich gehe davon aus, dass wir auf dem sicher nicht einfachen und langen Weg zur Unabhängigkeit im Laufe dieses Jahres ein gutes Stück voran kommen werden.“

.....

Gespräch mit dem kosovarischen Ministerpräsidenten Bajram Kosumi

AH: Herr Ministerpräsident, nachdem bereits Ende Januar d. J. die „International Crisis Group“ die Unabhängigkeit für das Kosovo verlangte, hat kürzlich auch die „Internationale Balkan Kommission“ eine baldige Souveränität angemahnt. In ähnlicher Weise äußerte sich zudem auch der Spitzendiplomat der Clinton-Regierung, Richard Holbrooke. Ist sechs Jahre nach Ende des Krieges die Unabhängigkeit Kosovos in greifbare Nähe gerückt?

Bajram Kosumi: Die jüngsten internationalen Äußerungen und Stellungnahmen sind zweifelsohne sehr positive Signale, die wir in Prishtina sehr aufmerksam registriert haben. Allerdings sieht der internationale Zeitplan für das Kosovo ja bereits seit längerem für 2005 die Evaluierung der so genannten „Standards“ sowie daran anschließend in der zweiten Jahreshälfte den Beginn von Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos vor. Insofern gehe ich davon aus, dass wir auf dem sicher nicht einfachen und langen Weg zur Unabhängigkeit im Laufe dieses Jahres ein gutes Stück vorankommen werden.

AH: Zu den Mitgliedern der „Internationalen Balkan Kommission“ gehört u. a. auch der frühere serbisch-montenegrinische Außenminister Goran Svilanovi. Zeichnet sich damit inzwischen auch in Serbien ein Umdenken im Verhältnis zum Kosovo ab?

Bajram Kosumi: Nun, die Unterstützung von Goran Svilanovi für die Position der „Internationalen Balkan Kommission“, die in ihrem Papier zwar für etwas längere Übergangsfristen bis zur Unabhängigkeit Kosovos plädiert, hat in Serbien bekanntlich zum Teil sehr heftige Reaktionen hervorgerufen. Dennoch mehren sich anscheinend auch in Belgrad die Stimmen, die für eine differenziertere Betrachtung eintreten und eine Unabhängigkeit Kosovos zumindest nicht mehr kategorisch von vorneherein ausschließen.

AH: Im Blick auf die in absehbarer Zeit anstehenden Statusverhandlungen werden derzeit im Ausland die Stimmen lauter, die von Präsident Ibrahim Rugova die Annahme der Einladung des serbischen Präsidenten Boris Tadi zu Gesprächen in Belgrad fordern. Wie beurteilen Sie diese Offerte und könnte ein Treffen zwischen den beiden Präsidenten für Bewegung im Verhältnis zwischen Prishtina und Belgrad sorgen?

Bajram Kosumi: Zu Gesprächen zwischen Prishtina und Belgrad gibt es keine Alternativen. Die Liste der zu lösenden Fragen und Probleme ist lang und umfasst praktisch fast alle Bereiche des täglichen Lebens. Für einige dieser Themenbereiche, wie etwa das Schicksal der Vermissten, existieren ja bereits bilaterale Arbeitsgruppen, die sich ja auch schon zu Sitzungen getroffen haben. Was ein

mögliches Treffen zwischen Ibrahim Rugova und Boris Tadi angeht, so halte ich eine derartige Begegnung grundsätzlich für durchaus denkbar. Für konkrete Planungen ist es derzeit jedoch noch zu früh.

AH: Die jüngste Welle der Gewalt im Kosovo, wie der Bombenanschlag am 17.04.2005 auf das Büro der Partei ORA in Prishtina sowie die Ermordung des Bruders Ihres Amtsvorgängers Ramush Haradinaj, Enver Haradinaj, auf offener Straße zwei Tage zuvor haben erneut deutlich gemacht, welches gravierende Problem die Kriminalität sowie die politisch motivierte Gewalt im Kosovo darstellen. Geht Ihre Regierung energisch genug gegen diese Phänomene vor?

Bajram Kosumi: Im Bereich der inneren Sicherheit sind der kosovarischen Regierung nach wie vor weitgehend die Hände gebunden, da die entsprechenden Kompetenzen bei der UNMIK liegen und bislang noch nicht an die Regierung übertragen wurden, was weitgehend auch für die Justiz gilt. Insofern sind wir bis dato praktisch nicht in der Lage, mit energischen Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität und Gewalttaten wie die erwähnten Anschläge von Mitte April vorzugehen. Die von Seiten der UNMIK für die zweite Jahreshälfte in Aussicht gestellte Bildung eines Innenministeriums im Zuständigkeitsbereich der kosovarischen Regierung wird hoffentlich dazu beitragen, diese unbefriedigende Situation grundlegend zu ändern.

AH: Verfügt die kosovarische Regierung über Informationen über die Hintergründe bzw. die Hintermänner der Anschläge auf das Parteibüro von ORA in Prishtina oder über die Ermordung von Enver Haradinaj?

Bajram Kosumi: Die von mir zuvor schon erwähnten fehlenden Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit machen sich auch bei der Informationsgewinnung negativ bemerkbar. Bislang verfügt die kosovarische Regierung über keine eigenen diesbezüglichen

Strukturen, was sich auch vor gut einem Jahr bei den so genannten März-Unruhen als äußerst nachteilig herausgestellt hat. Leider erhalten wir in der Regel auch von der UNMIK keine sicherheitsrelevanten Informationen. Die kosovarische Regierung verfügt daher über keine eigenen Erkenntnisse hinsichtlich der Anschläge.

AH: Offensichtlich gibt es Kreise im oder außerhalb des Kosovo, die an einer Destabilisierung der Lage interessiert sind. Erwarten Sie eine weitere Zuspitzung der Situation im Kosovo?

Bajram Kosumi: Ja, es ist ganz offensichtlich, dass anscheinend einige Kreise vor Beginn der Verhandlungen über die politische Zukunft Kosovos an einer Destabilisierung der Lage interessiert sind und zwar möglicherweise, um diese in ihrem Sinne zu verzögern bzw. zu beeinflussen. Darüber hinaus ist die Existenz von parallelen Sicherheitsstrukturen im Kosovo wie der selbst ernannten SIA („Sicherheit des Vaterlandes“) oder im Gefüge der Parteien eben vor allem ein Produkt der fehlenden quasi staatlichen Kompetenzen in diesem Bereich. Zum Zwecke der Gefahrenabwehr und der Sicherung des inneren Friedens ist daher der Aufbau eines eigenen der kosovarischen Regierung unterstehenden Nachrichtendienstes notwendig.

AH: Anfang April 2005 übergab die oppositionelle PDK ein 30 Seiten umfassendes so genanntes „Dossier“ der UNMIK, in dem Vizeregierungschef Adem Salihaj (LDK) sowie drei weitere Minister der LDK angebliche Verstrickungen in Strukturen der organisierten Kriminalität vorgeworfen werden. Wie bewerten Sie diesen Vorgang bzw. sehen Sie in diesem „Dokument“ primär den Versuch der Opposition, die kosovarische Regierung praktisch um jeden Preis zu diskreditieren?

Bajram Kosumi: Der genaue Inhalt dieses Papiers der PDK ist mir nach wie vor nicht bekannt. Das Problem all dieser ja auch in der Presse lan-

cierten Vorwürfe ist doch, dass niemand sie bislang belegen oder wirklich beweisen konnte. Den Vorsitzenden der PDK, Hashim Thaçi, habe ich persönlich um die Überlassung eines Exemplars des besagten „Dossiers“ gebeten, worauf Hashim Thaçi mir die Antwort gab, dass er mich damit nicht belasten wolle. Auch von der UNMIK haben wir bislang keine Kopie erhalten. Sollten sich jedoch die Vorwürfe gegen einzelne Mitglieder der Regierung erhärten, so bin ich jederzeit bereit, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und die genannten Minister zu entlassen. Dies habe ich übrigens in einem Gespräch auch UNMIK-Chef Søren Jessen-Petersen zugesichert.

AH: Bei den kosovarischen Medien hat ihre Regierung offensichtlich einen eher schweren Stand. Bereits ihre Wahl zum neuen kosovarischen Ministerpräsidenten rief in der Presse recht kritische Reaktionen hervor. Teilen Sie diesen Eindruck?

Bajram Kosumi: Es sicher zutreffend, dass die Regierung bei ihrem Amtsantritt in den kosovarischen Medien äußerst kritisch sozusagen „begrüßt“ wurde. Bei allem Verständnis für eine kritische Berichterstattung halte ich die Entwicklungen in diesem Bereich jedoch für äußerst problematisch. Zeitungsüberschriften wie beispielsweise „Kosumis kriminelle Regierungsbande“ hinterlassen im Ausland einen verheerenden Eindruck, der völlig kontraproduktiv ist und lediglich den Gegnern einer Unabhängigkeit Kosovos willkommene Argumentationshilfen liefert.

AH: Am 22.02.2005 hat ihre Regierung ein Programm zur Dezentralisierung im Kosovo mit Pilotprojekten in fünf Gemeinden beschlossen. Erklärtes Ziel ist u. a. auch eine bessere Integration der ethnischen Minderheiten. Besteht nicht die Gefahr, dass die Bildung von neuen Kommunen u. a. nach ethnischen Kriterien in der Praxis nicht eher zu einer Desintegration der Minderheiten und damit genau zum Gegenteil führt?

Bajram Kosumi: Nein, diese Gefahr kann ich nicht erkennen. Nehmen wir doch als Beispiel die serbische Enklave Gracanica, als eine von fünf Pilotprojekten. Die Ortschaft ist bislang administrativer Bestandteil der Kommune Prishtina. Es liegt doch auf der Hand, dass es sinnvoll ist, den dort lebenden Serben mit dem Status einer eigenen Kommune auch den rechtlichen Rahmen zu gewähren, damit diese ihre kommunalen Angelegenheiten in eigener Verantwortung vor Ort selbst regeln können. Eine gesellschaftliche oder politische Desintegration der nationalen Minderheiten ist mit dem Dezentralisierungsvorhaben meines Erachtens dagegen nicht verbunden.

AH: Von verschiedener Seite wird im Blick auf den Dezentralisierungsplan kritisiert, dass bislang eine zentrale politische Gewalt, die man dezentralisieren könnte, im Kosovo aufgrund der beschränkten Kompetenzen der Regierung gar nicht existiert und dass es daher sinnvoller gewesen wäre, sich zunächst Gedanken über die grundsätzliche Struktur und die Ausgestaltung des künftigen politischen System Kosovos zu machen. Sind diese Einwände nicht berechtigt?

Bajram Kosumi: Mit den Pilotprojekten in den fünf ausgewählten Gemeinden soll zunächst einmal lediglich getestet werden, inwieweit die Bildung von kleineren kommunalen Verwaltungseinheiten eine sinnvolle Alternative gegenüber dem derzeitigen Zuschnitt der politischen Gemeinden, die neben einem zentralen Ort ja jeweils zahlreiche Dörfer und auch weitere größere Ortschaften umfassen, sein kann. Mit der künftigen Struktur des politischen Systems Kosovos hat diese Frage nur relativ wenig zu tun. Im Blick auf die territoriale Gliederung haben wir im Kosovo aufgrund der begrenzten räumlichen Größe zudem praktisch auch keine großen Alternativen. Ein Modell wie beispielsweise in Deutschland mit seinen drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden kommt für das Kosovo daher erst gar nicht in Frage.

Das Interview mit dem kosovarischen Ministerpräsidenten Bajram Kosumi führte Stephan Lipsius für die „Albanischen Hef-

„Hauptziel der Arbeit der Gesellschaft ist es, die deutsch-albanischen Kulturbeziehungen sinnvoller zu gestalten und zu intensivieren.“

Gespräch mit Ardian Klosi, Geschäftsführer der Deutsch-Albanischen Kulturgesellschaft „Robert Shvarc“

AH:

Die Albanischen Hefte gratulieren Ihnen, Herr Ardian Klosi, zu ihrer kürzlichen Anstellung als Geschäftsführer der Deutsch-Albanischen Kulturgesellschaft „Robert Shvarc“, und wünschen Ihnen in Ihrer neuen Tätigkeit viel Erfolg. Was hat Sie dazu bewogen, gerade diese Arbeit zu übernehmen, die für das Auftreten und die Erscheinung Deutschlands in Albanien ja wohl von sehr großer Bedeutung sein wird.

Klosi:

Natürlich ist es meine lange Beziehung zur deutschsprachigen Kultur. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, habe ich meine Tätigkeit im Bereich der Sprache und Literatur gerade mit Übersetzungen von Werken von Thomas Mann, Heinrich Böll, Friedrich Dürrenmatt usw. begonnen. Anschließend konnte ich (Ende der '80er Jahre) in Österreich studieren und promovieren. 1993 habe ich meine jetzige Frau Jutta Benzenberg, die bekannte deutsche Fotografin, geheiratet, und wir haben bis 1998 zusammen in München gelebt; dort

sind auch unsere Kinder geboren. In meiner Zeit in München habe ich auch mit Prof. Wilfried Fiedler das Deutsch-Albanischen Wörterbuch, das bei Langenscheidt erschienen ist, verfasst. Ein Teil meiner Veröffentlichungen ist auf Deutsch erschienen – kurzum, ich habe gute Gründe, mich als „tagtäglichen Teilnehmer“ beider Kulturen – der albanischen und der deutschen - zu fühlen. Als dann der Vorschlag durch den Vorstand der neu gegründeten Gesellschaft kam, für sie als Geschäftsführer zu arbeiten, konnte ich einfach nicht nein sagen.

AH:

Sie sind ja vielen unserer Vereinsmitglieder und Leser ja bereits aus verschiedenen Veranstaltungen in Deutschland bekannt, würden Sie uns dennoch ein paar Angaben zu Ihrer Person machen, so dass wir uns ein Bild von Ihren Erfahrungen, Vorlieben und vielleicht auch Abneigungen machen können?

Klosi:

Zum Teil habe ich dies ja schon bei der ersten Frage beantwortet.

Ansonsten bin ich 1957 in Tirana in einer damals wohl situierten (sprich: kommunistischen) Familie auf die Welt gekommen. Dies hat mir eine sehr ruhige und schöne Kindheit und Jugendzeit beschert, die natürlich später, während meiner Schul- und Studienzeit sehr ins Wanken geriet: Als Mitbewohner von ‚Tirana e re‘ und des ‚Bllok‘ musste ich in den Jahren 1973-1976 – während der großen Säuberungen von Enver Hoxha - fast täglich erleben, wie Freunde, Bekannte, Verwandte ins Unglück fielen, inhaftiert (ja, mit 18!), in die Verbannung geschickt wurden. Auch mein Vater ist, wie ich später feststellte, durch seine Enttäuschung als ein in Ungnade gefallener hoher Funktionär, als ein Nationalist, der das Scheitern des sozialistischen Systems, bei dem er kräftig mitgewirkt hatte, erlebte, an Verzweiflung und nicht an einem Herzinfarkt gestorben. Wir mussten z.B. mit 15 auch erleben, wie unser Geschichtslehrer – der beste von all den sonstigen Lehrern im Gymnasium – während des Unterrichtes als Volksfeind verhaftet wurde. All diese Erlebnisse waren im Prinzip Traumata: von einer heilen warmen Welt in die Welt der Sigurimi-Agenten und der Universitätsprofessoren, die teilweise auch als Armee- und Sigurimi-Offiziere fungierten uns sich verhielten. Ich muss sagen, dass mich eigentlich die Liebe zur Literatur und zur Musik gerettet hat (jeden Tag hörten wir heimlich Beatles-, Stones- oder Pink Floyd-Musik oder versuchten, sie in unseren Kellern mit schlechten elektrischen Gitarren nachzuspielen).

Es kam dann eine Zeit, nach dem Studium, als ich im Verlag arbeitete, als man eine gewisse Stabilität erlangte, wo unserer grauer Alltag und das ständige Sich-Beschatteten-Fühlen, nicht mehr auf die Psyche ging: d.h. man wurde Mann und dabei hat mir wieder die Literatur, haben mir die oben erwähnten Übersetzungen geholfen, mich von der grauen Masse des sozialistischen Realismus abzusetzen, mich als Mensch und nicht als „Helfer der Partei bei der Erziehung der Massen“ zu fühlen. Und natürlich war nachher ein UNESCO-Stipendium und die Möglichkeit, in Innsbruck studieren

zu dürfen, das größte Glück meines Lebens. In den ersten zwei Jahren war ich wie angeschwipst, nachher kam die Ernüchterung und die Tatsache, dass man 1990 nach Albanien zurückgehen musste, und in diesem Land, unter diesem Regime, einfach nicht mehr leben konnte.

Die Ereignisse nach 1990 wurden dann das nächste sehr wichtige Kapitel in meinem Leben, aber darüber sollte man vielleicht ein anderes Mal sprechen.

AH:

Die Deutsch-albanische Kulturgesellschaft „Robert Shvarc“ ist ja erst kürzlich, im November 2004, gegründet worden. Wie stellen sich der Vorstand und Sie persönlich, den weiteren Aufbau dieser Gesellschaft vor?

Klosi:

Der Anfang ist sozusagen klein aber fein. Wir fangen mit 5-6 Projekten in diesem Jahr an, hoffen aber, sind sogar sicher, dass es im nächsten Jahr mehr werden.

Das Hauptziel der Arbeit der Gesellschaft ist es, die deutsch-albanischen Kulturbeziehungen irgendwie sinnvoller zu gestalten und zu intensivieren. Wie Sie wissen, waren die bisherigen Tätigkeiten auf diesem Bereich hauptsächlich durch die Botschaft, durch Privatinitiativen und durch den Zufall zustande gekommen.

Die erste offizielle Aktivität war eine Fotoausstellung der bekannten deutschen Fotografin Regina Schmeken in der Nationalgalerie Tirana. Es gab inzwischen auch andere Veranstaltungen wie die Lesung der Dichterin Mimoza Ahmeti und ihres Übersetzers Joachim Röhm, die Teilnahme des deutschen Fauve-Quartetts an der Reihe Allegretto Albania, das Konzert des Bundesjazzorchesters in der Kunstakademie u.a.m. Nicht alles davon ist unmittelbar durch Planung und Finanzierung der Kulturgesellschaft zustande gekommen, aber die Gesellschaft hat dabei immer unterstützt. In all diese Bemühungen kann ich die Arbeit des jetzigen Kulturreferenten

der Deutschen Botschaft in Tirana, Herrn Christian Jetzelsperger, nicht unerwähnt lassen, der der deutschen Kulturarbeit in Albanien überhaupt eine andere Intensität und Qualität gegeben hat.

AH:

Ist geplant, dass die Gesellschaft auch den Kulturaustausch mit Deutschland verstärkt? Beabsichtigt die Gesellschaft damit auch, an einer Verbesserung des Albanienbildes in Deutschland zu arbeiten?

Klosi:

Das ist sicherlich eine der ersten Folgen jeder erfolgreiche Kulturzusammenarbeit: das Image des Partners richtig darzustellen und daran auch Korrekturen zu bewirken, falls es Verzerrungen gegeben hat. Wie Sie bestimmt wissen, sind Albanien und die Albaner in Deutschland in den '90er aber auch in den letzten Jahren mehr durch negative als positive Schlagzeilen bekannt geworden. Es gab hin und wieder gute Präsentationen wie den Albanien-Pavillon auf der Expo 2000 in Hannover, aber ansonsten ging die Kulturvermittlung nicht über einige Romane von Ismail Kadare hinaus.

Diesen Zustand kann die Kulturgesellschaft auch nicht so schnell ändern: Die Mittel sind begrenzt, außerdem ist es unser Ziel, vor allem deutsche Künstler nach Albanien zu bringen und nicht vice versa. Nur, schon jetzt haben wir begonnen, solche Veranstaltungen oder Institutionen zu unterstützen, die bereits eine internationale Dimension haben. Es werden deutsche Künstler an der Biennale in Tirana teilnehmen, deutsche Lektoren werden in der neu gegründeten Marubi-Filmhochschule Workshops organisieren, Allegretto Albania wird weiterhin unterstützt, ebenfalls werden Literaturabende mit Übersetzungen von albanischen Schriftstellern veranstaltet. Die Grundaussage all dieser Aktivitäten ist: Hier gibt es eine Kulturszene, an der es sich teilzunehmen lohnt; hier gibt es Kulturmanager und

junge Leute, die über Tirana und Albanien langsam ein anderes Bild schaffen, als wir es gewohnt sind. Denken Sie nur an die Biennale von Edi Muka und Gëzim Qëndro, an den Herbst von Tirana von Sokol Shupo, an die Filmhochschule von Kujtim Çashku, an das Theaterfestival in Butrint von Alfred Bualioti und, und, und...

AH:

Sehen Sie in diesem Zusammenhang Felder, auf denen die Kulturgesellschaft „Robert Shvarc“ mit der Deutsch-Albanischen-Freundschaftsgesellschaft zusammenarbeiten könnte?

Klosi:

Sie haben eine sehr lange Erfahrung mit Albanien, die immer sehr nützlich war und auch so bleiben wird. Wir haben uns persönlich schon in den '80er kennen gelernt, bei den Frankfurter Buchmessen, den Archäologieausstellungen und anderen wichtigen Gelegenheiten. Natürlich war damals Eure Gesellschaft für uns, unter starken Einschränkungen, der einzige Ansprechpartner, wenn es um kulturelle Aktivitäten ging. Heute hat sich das Bild stark verändert. Aber im Grundsätzlichen bleibt das Grundprinzip gleich: Wer arbeitet und sein Wirkungsfeld erweitert, verschafft sich Respekt und Austauschmöglichkeiten. Es wäre schade, nicht mit allen möglichen Akteuren im Kulturbereich zusammenzuarbeiten. Besonders bei den für uns so wichtigen historisch wie aktuellen Kulturbeziehungen zum deutschsprachigen Raum.

AH:

Herr Klosi, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen für die „Albanischen Hefte“ stellte Jochen Blanken.



„Wir fanden es besonders spannend, am 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus ein deutsches Orchester spielen zu lassen“

Gespräch mit Manfred Grunenberg, Leiter der Musikschule Bochum

AH:

Sie arbeiten ja schon seit einiger Zeit mit albanischen Partnern zusammen. Wie ist die Idee zu dieser Zusammenarbeit entstanden?

Grunenberg:

Zu dieser Idee ist es dadurch gekommen, dass der Leiter unseres Jugendsinfonieorchesters, Norbert Koop, in Murcia in Spanien sich mit dem Leiter des Streichorchesters der Nationalen Kunstschule, Herrn Ali, zusammen gesetzt und einen Kaffee getrunken hat, und dabei haben die beiden überlegt, ob man nicht etwas zusammen machen könne. Diese Initialzündung hat dann zu mehreren Besuchen geführt, bis hin zu der intensiven Kooperation, wie wir sie heute haben.

AH:

Sie haben bereits Ende letzten Jahres zu den Nationalfeiertagen in Tirana ein großes Konzert gegeben, das in Albanien auch ein große Aufmerksamkeit gefunden hat, Was leider hier bei uns gar nicht so bekannt ist. Könnten Sie

uns vielleicht etwas über die bisherigen Aktivitäten berichten?

Grunenberg:

Die Aktivitäten bisher beschränken sich eigentlich auf die Zusammenarbeit der beiden Orchester. Das Orchester war in Albanien zu dem schon von Ihnen genannten Termin. Und was besonders beeindruckend war, dass die beiden Orchester zusammen gespielt haben und auch zusammen geprobt haben, also nicht nur einen gemeinsamen Auftritt hatten, sondern eine gemeinsame Arbeitsphase. Und wir fanden es besonders spannend, an solch einem Termin [*dem 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus – die Red.*] ein deutsches Orchester spielen zu lassen.

Die Zusammenarbeit bestand bis heute aus der Kooperation der beiden Orchester, und wir haben heute die nächsten Schritte geplant.

AH:

D.h., die Zusammenarbeit wird in

eine institutionelle Form gegossen. Was haben Sie nun konkret in nächster Zukunft vor?

Grunenberg:

Zunächst sind es aus heutiger Sicht zwei Felder. Das eine Feld ist die elementare Musikpädagogik. Konkret gemeint ist, z.B. die Musik im Kindergarten zu intensivieren durch Aktivitäten der Nationalen Kunstschule. Das entspricht in etwa dem, was wir auch in Deutschland haben, was die Musikschulen in Kindergärten anbieten. Und wir wollen gerne helfen, albanische Musikpädagogen, die ja auch Spezialisten des instrumentalen Musikunterrichts sind, aber nicht Spezialisten im Elementaren, insoweit auszubilden, dass sie das auch können. Das haben wir in diesen Tagen verabredet, wie wir das sehr konkret in einer Weiterbildung hier und in Tirana machen wollen. Das zweite Feld ist die Begegnung von Lehrern und Schülern, Lehrerinnen und Schülerinnen, in unseren gemeinsamen Proben, die Erfahrungen austauschen und gemeinsam

konzertieren, sowohl in Bochum als auch in Albanien.

AH:

In der letzten Ausgabe Ihrer Zeitschrift ist ja ein Bericht derjenigen, die in Tirana waren und die das Konzert gegeben haben. Er hat mich sehr an die erste deutsche Schülerreise erinnert, die ich vor 20 Jahren von unserer Gesellschaft aus begleitet habe. Wie damals hat, so scheint mir, das Umfeld, nicht die Betroffenen, doch sehr zögerlich reagiert. Wieso Albanien? Nun war das damals noch in Zeiten des Kommunismus, heute sind die Zeiten anders. Aber Albanien ist bei uns nicht viel bekannter. Wie hat bei Ihnen das Umfeld reagiert?

Grunenberg:

Genau so. Wir sagten Tirana, und 80 % derer, die das hörten, fragten, wo das denn sei und die restlichen 20 % sagten dann, dass sei irgendwo im Süden und irgendwo in der Nähe von Griechenland und wohl noch weiter weg als Kroatien. Das waren so in ungefähr die Reaktionen, also doch eine starke Fremdheit. Und es ist sicher durch so ein überraschendes und seltsames Element von albanischen Fußballern näher gerückt. Denn das Element, das in der Regel die Gesellschaften näher zusammen bringt, der Tourismus, ist noch nicht so stark ausgeprägt.

AH:

Haben sich denn da schon im informellen Bereich über die eigentlichen Projekte hinaus Kontakte ergeben?

Grunenberg:

Wir haben natürlich am Rande unserer Kerntätigkeiten mit unseren Schülern und unseren Lehrern viele Kontakte in der Stadt hier, und da breitet sich das jetzt Zug um Zug aus, dass wir eine enge Verbindung mit Tirana haben. Und wir haben schon den Eindruck, dass wir da auch Informationen weiter geben können, und dass das jetzt schon so langsam in den Bereich der Normalität hinein kommt.

AH:

Können Sie noch in ein paar Worten skizzieren, welche Projekte vielleicht schon für dieses Jahr angedacht sind?

Grunenberg:

Wir werden diese Weiterbildungsaktion, von der ich schon sprach, im Feld der elementaren Musikpädagogik, in diesem Jahr starten. Es ist geplant, im Juli anlässlich der Eröffnung des renovierten Baus der Nationalen Kunstschule eine Delegation aus Bochum hin zu schicken. Ich werde auch gerne wieder dabei sein. Und wir werden im Herbst mit der Weiterbildung albanischer Musiklehrer von dieser Schule hier bei uns beginnen, und das wird

dann in der Form der Berufs begleitenden Lehrgänge, wie wir sie hier in Deutschland haben, weiter gehen, mit dem Unterschied, dass im nächsten Jahr zweimal deutsche Musikpädagogen, ein Ausbilder-Team, nach Tirana fahren werden, um dort die neuen Gruppen der elementaren Musikpädagogik der Nationalen Kunstschule in etwa 10 Kindergärten mit zu betreuen und die Ausbildung zu komplettieren.

AH:

Sie haben anfangs schon darüber gesprochen, dass auch albanische Kollegen dann hierher kommen werden. In welchen Formen wird sich das abspielen?

Grunenberg:

Im Rahmen dieser Weiterbildungsaktion werden 10-12 albanische Kollegen hierher kommen, und zwar im November. Sie werden dann hier hospitieren und dann von deutschen Kollegen in der elementaren Musikpädagogik ausgebildet werden.

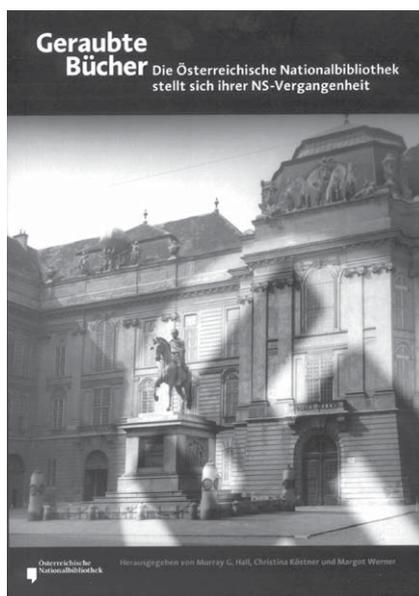
AH:

Vielen Dank für dieses Gespräch, es bleibt mir zum Abschluss nur, Ihnen viel Erfolg auf dem weiteren Weg zu wünschen.

Das Gespräch für die „Albanischen Hefte“ führte Bodo Gudjons



Fotos vom Konzert am 28. November 2004 in Kongresszentrum Tirana: Desar Sulejmani



Norbert Jokl ein Opfer des Nationalsozialismus wird gewürdigt

Im „Prunksaal“ der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) in Wien fand vom 10.12.2004 bis zum 27.2.2005 eine viel beachtete Ausstellung „Geraubte Bücher. Die ÖNB stellt sich ihrer NS-Vergangenheit“ statt. Die ÖNB dokumentierte darin die „wohl dunkelste und unrühmlichste Epoche ihrer Geschichte“, wie Generaldirektorin Johanna Rachinger im Vorwort zu dem sehr informativen Begleitband gleichen Titels (Hrsg. Murray G. Hall, Christina Köstner, Margot Werner, Wien 2004) feststellt.

Nach dem Anschluss Österreichs an das „Großdeutsche Reich“ war die ÖNB mit ca. 1,3 Mio. Bänden die drittgrößte Bibliothek des Reiches. Mit der Leitung wurde SS-Standartenführer Paul Heigl betraut, ein österreichischer Nationalsozialist, der nach dem gescheiterten Naziputsch 1934 inhaftiert wurde, nach Deutschland floh und an der Preußischen Staatsbibliothek eingesetzt wurde. Die Anhänger des austrofaschistischen Ständestaates wie Heigls Vorgänger Josef Bick wurden von ihren Positionen entfernt und

z.T. in KZs eingewiesen, die meisten jedoch schnell wieder frei gelassen.

Viel schlimmer gestaltete sich die Lage der 206.000 Juden. Der christlich deklarierte Ständestaat gerierte sich antisemitisch, doch nicht annähernd mit der Konsequenz der Nazis. Der Verdrängung aus dem öffentlichen Dienst und aus den meisten Berufssparten folgte die Ausgrenzung aus der Gesellschaft und schließlich die Inhaftierung, Deportierung und Ermordung. Viele Juden konnten sich noch durch Emigration retten, aber fast 65.500 Ermordete sind nachweisbar. (Zahlen nach: Jonny Moser: Österreich, in: Wolfgang Benz: Dimension des Völkermords. München 1991, S. 67-93)

1938 wurde eine so genannte Bücherwertungsstelle eingerichtet, die beschlagnahmte Buchbestände von Institutionen und Einzelpersonen in Österreich und später aus den besetzten Ländern sichtete und an die ÖNB oder andere Bibliotheken weitergab, ihre Gratisverteilung genehmigte oder ihre Makulierung anordnete. Diese Stelle wurde von Heigl unterstützt, gerade was slawische und jüdische Literatur anging. Innerhalb von sieben Jahre liefen 2 Mio. Bände durch diese Stelle. Letzte Instanz für Entscheidungen waren SD und Gestapo.

Die ÖNB-Leitung setzte alles daran, ihre Bestände kostenlos zu erweitern. Rund 150.000 Bände und 45.000 sonstige Objekte landeten in den Magazinen und Regalen der ÖNB, wo ein erheblicher Teil auch nach 1945 blieb. Auch heute noch besitzt sie nach eigenen Angaben 25.000 Bücher aus geraubtem Besitz und hat diese Bestände erst vor wenigen Jahren in Form eines Provenienzbuches systematisch aufgearbeitet.

Die Ausstellung und der Begleitband dokumentieren die NS-Bibliotheks politik anhand mehrerer Fallbeispiele. Unter den zwölf qualitativ wichtigsten Privatsammlungen, die durch Konfiskation – oder nennen wir es präziser: Raubmord – in die ÖNB gelangt sind, befand sich die Sammlung von Norbert Jokl, dem in der Ausstellung eine eigene Vitrine und im Begleitband ein Beitrag von Mechthild Yvon, „Der jüdische Albanologe Norbert Jokl und seine Bibliothek“ (S. 104-117), gewidmet ist.

Der am 25.2.1877 im süd-mährischen Bzenec geborene Sprachwissenschaftler war einer der wichtigsten Erforscher des Albanischen. Obwohl er an der Universität Wien sprachwissenschaftliche Lehrveranstaltungen hielt und habilitiert war, machte er keine Hochschulkarriere, sondern arbeitete seit 1903 an der Wiener Universitätsbibliothek. Der albanische Staat lud Jokl zum 25. Jubiläum der staatlichen Unabhängigkeit am 28.11.1937 nach Albanien ein – sein erster und letzter Aufenthalt im Lande – und ernannte ihn zum Kommandeur des Skanderbeg-Ordens.

Wenige Wochen nach dem „Anschluss“, am 20.5.1938, wurde er seines Dienstes enthoben und kurz darauf in den Ruhestand versetzt. Wenige Schüler und Kollegen unterstützten ihn. Als Jude wurde er von der Benutzung von Bibliotheken ausgeschlossen. Der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität, Viktor Christian, gleichzeitig Abteilungsleiter im SS-Forschungsinstitut „Das Ahnenerbe“, ermöglichte ihm immerhin, in einem wenig genutzten Raum des Orientalistischen Instituts weiterzuarbeiten; er hatte bis 1940 sogar noch Publikationsmöglichkeiten; die von ihm seit 1916 betreute Rubrik „Albanisch“ in der Rezensionszeitschrift „Indogermanisches Jahrbuch“ konnte er bis 1940 weiterführen. Christian half ihm auch dabei, seine Wohnung zu behalten und legte ihm nahe, seine „gnadenweise Gleichstellung mit Mischlingen ersten Grades“ zu beantragen, was im April 1940 durch den Wiener Gauleiter Josef Bürckel abgelehnt wurde.

Jokl, ein einsamer Mensch ohne Angehörige, der ganz für seine Forschung lebte, bemühte sich vergebens um die Hilfe seiner Fachkollegen bei der geplanten Übersiedlung ins Ausland, doch aus Dänemark wie aus den USA bekam er nur Absagen wegen seines Alters, geringer Aufnahmekontingente u.a. Trotz dieser unerträglichen Last arbeitete er weiter an seinem geplanten Hauptwerk, einem etymologischen Wörterbuch des Albanischen.

Am 16.1.1939 setzte sich der albanische Konsul in Wien bei seiner Regierung dafür ein, Jokl die albanische Staatsbürgerschaft zu verleihen und

ihm so die ungehinderte Übersiedlung zu ermöglichen. Wenige Wochen später besetzte Italien Albanien, so dass alle Hoffungen sich auf italienische Stellen richten mussten. Der italienische Indogermanist und stellvertretende Präsident des Instituts für Albanische Studien, Carlo Tagliavini, intervenierte im April 1940 beim italienischen Generalstatthalter in Albanien, Francesco Jacomoni, und beim italienischen Außenministerium (das auch für Albanien zuständig war) für Jokl ein. Ein wichtiges Argument war, dass Jokl seine wissenschaftliche Bibliothek mitbringen und der albanischen Regierung zur Verfügung stellen würde.

Entweder war den Beteiligten nicht klar, wie prekär Jokls Lage war, oder Jacomoni hintertrieb das Verfahren aus außenpolitischen Gründen. Im Februar 1941 begannen die Deportationen der verbliebenen Wiener Juden; es gelang Jokls verbliebenen Freunden, ihn von der ersten Transportliste streichen zu lassen.

Jedenfalls dauerte es weitere anderthalb Jahre, bis Jokl am 6.10.1941 die Mitteilung erhielt, das albanische Unterrichtsministerium biete ihm laut Beschluß vom 3.9.1941 eine rückwirkende Einstellung als Organisator des albanischen Bibliothekswesens für den Zeitraum vom 1.7.1941 bis 30.6.1942 an. Auf Tagliavinis Intervention setzte sich das italienische Außenministerium in Berlin für eine Ausreisegenehmigung für Jokl ein. Doch die Reichsregierung lehnte ab. Am 2.3.1942 wurde Jokl festgenommen und in ein Sammellager bei Wien überführt; ob er im Mai im Lager Maly Trostinec bei Minsk ermordet wurde oder auf dem Transport Selbstmord beging, ist unsicher. In einer 1946 erfolgten Anmeldung seines entzogenen Vermögens wird jedenfalls Selbstmord angegeben.

Für das Scheitern dieses Rettungsversuches sind viele verantwortlich: Jokl selbst, der die Gefahr für sein Leben unterschätzte, die potentiellen Aufnahmeländer mit ihrer restriktiven Aufnahmepraxis, Jacomoni und die italienischen Behörden, für die der Fall Jokl zu unwichtig war, um sich seiner wegen mit der Reichsregierung anzulegen.

Damit begann das Kreisen der Aasgeier um Jokls Erbe und zugleich ein Lehrstück für die Konkurrenzkämpfe innerhalb des NS-Staates. Dekan Viktor Christian intervenierte bereits am 7.3.1942 bei Alois Brunner, dem für die Deportationen Verantwortlichen, und bat um Überlassung von Jokls Bibliothek für die Institutsbibliothek, falls dieser deportiert würde. Der Brief erweckt den Eindruck einer direkten Aufforderung zu Jokls Ermordung; der Eindruck passt allerdings nicht zu Christians früherem Einsatz für Jokl und andere Juden. Am 30.4.1942 richtete er denselben Antrag ans Reichsbildungsministerium, jedoch ohne Erfolg, weil ÖNB-Direktor Paul Heigl die Sammlung für sein Haus reklamierte und energisch jeder Überlegung widersprach, die Sammlung entsprechend Jokls Wunsch an Albanien abzugeben, wie es das Außenministerium befürwortete, das Italien nicht dämpfen wollte. Heigl argumentierte in brutaler Bürokratisprache, Italien und Albanien hätten an dem Fundus kein Interesse, da diese Publikationen ohnehin in den dortigen Bibliotheken vorhanden seien, sondern seien nur an Jokls Weiterarbeit interessiert gewesen. Im April 1943 erhielt Heigl vom Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, SS-Oberführer Franz Six, die endgültige Genehmigung, den Bestand nutzen zu dürfen (zu Six und seiner Rolle beim Aufbau der westdeutschen Presse s. Lutz Hachmeister: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998).

Der Bestand von ca. 3.000 Bänden blieb nach der Auflösung der Südosteuropa-Abteilung nicht beisammen. Da Jokl keine Erben hatte, wurde nicht sehr intensiv nach seinem Besitz gesucht. Spätere Untersuchungen (u.a. durch Robert Schanke) haben nur 170 Bände, 10 Porträtfotos und Jokls wissenschaftliche Manuskripte identifizieren können, die z.T. später veröffentlicht wurden. Von seinem geplanten etymologischen Wörterbuch fehlt jede Spur.

(Ich danke Frau Mag. Margot Werner, ÖNB, für das Dossier Jokl aus dem Provenienzbuch.)

Michael Schmidt-Neke



Stéphane Voell: Das nordalbanische Gewohnheitsrecht und seine mündliche Dimension.

Curupira. Marburg 2004. Paperback 365 S. ISBN 3-8185-0395-8. 20,00 €

Das Gewohnheitsrecht in Albanien ist seit dem Systemwechsel eines der Lieblingsthemen der Medien geworden; davon zeugen nicht nur Zeitungsartikel, sondern auch zahlreiche Fernsehberichte. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung hat, was ausländische Forscher angeht, damit nicht Schritt gehalten. Die klassischen Arbeiten aus den 40er und 50er Jahren von Giuseppe Valentini und Margaret Hasluck sind nach wie vor nicht überholt. Die Materiallage hat sich allerdings verbessert. Shtjefën Gjeçovs Aufzeichnung des „Kanun i Lekë Dukagjinit“ (KLD) wurde ins Englische (Leonard Fox 1989) und Marie Amelie von Godin (1953-56, neu ediert durch Robert Elsie 2001) übersetzt. Andere Varianten wurden von Frano Ilia (Kanuni i Skënderbeut 1993), Xhemal Meçi (KLD in der Variante von Puka 1997 und der Mirdita 2002), Xhafer Martini (Kanuni i Dibrës 2003) gesammelt und herausgegeben.

Die Dissertation von Stéphane Voell behandelt den Kanun nicht aus rechtshistorischer Perspektive, sondern als kulturosoziologisches und kommunikationswissenschaftliches Problem. Mit Recht stellt der Autor fest, dass das Gewohnheitsrecht ein mündlich überliefertes, angewandtes und interpretiertes System zur Ordnung einer mit Ausnahme weniger Personen illiteraten Gesellschaft ist. Auch wenn die Verhältnisse in der heutigen nordalbanischen Gesellschaft (noch) nicht so sind wie vor dem II. Weltkrieg, ist ein Gesetzbuch mit Paragraphenzählung zwar als Beleg der kulturellen Identität und Selbstvergewisserung, den man ausländischen Besuchern gern vorzeigt, präsent; es ist aber nicht in dem Sinne Grundlage der Regulierung und Konfliktlösung wie das BGB oder das StGB in einem deutschen Gerichtsverfahren.

Voell argumentiert sehr theorieorientiert und wendet das von dem Franzosen Pierre Bourdieu anhand der algerischen Berber entwickelte Modell des „Habitus“ auf den Kanun an, worunter ein von den gesellschaftlichen Bedingungen geprägtes „System dauerhafter Dispositionen“ verstanden wird, die auf das Individuum wirken. Als Produkt früherer gesellschaftlicher Verhältnisse (des Stammsystems, der unterentwickelten Agrarwirtschaft etc.), die den Kommunismus überdauert und sich nach seinem Ende neu herausgebildet haben, erhielt sich ein differenziertes und regional variiertes Regelsystem gesellschaftlicher Normen, in das die Menschen eng eingebunden sind und das zumindest in Teilbereichen in Konkurrenz zu staatlich gesetzten Normen (Grundwerte, Verfassung, Gesetze) steht.

Es wird stark von ritualisierten Abläufen geprägt, die einen ähnlich hohen Stellenwert haben wie die Vorschrift selbst und die in der schriftlich niedergelegten Form nicht erfassbar sind (Performativität).

Gjeçov hat nicht nur den Inhalt des Gewohnheitsrechtes aus der Position des katholischen Klerikers bearbeitet,

der in diesem Rechtssystem eine Schlüsselstellung einnimmt, während der Islam in seiner Aufzeichnung überhaupt nicht aufscheint, und zugleich einen Nationalismus unterlegt, der der Stammesgesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts fremd war. Er hat den Versuch unternommen, eine Überlieferung, die aus aphoristisch formulierten Grundsätzen bestand, in Paragraphen zu gießen, in denen diese Aphorismen nur noch Beiwerk in Form von sprichwortartigen Sentenzen wurden, die den einzelnen Kapiteln vorangestellt wurden.

Voell behandelt die Weitergeltung des Gewohnheitsrechts parallel zu den staatlichen Ordnungen, die sich nach 1912 bzw. nach 1924 durchsetzten; auch unter dem Sozialismus habe es Fortwirkungen (z.B. dörfliche Schiedsgerichte) gegeben, obwohl die Blutrache durch staatliche Vermittlung und strafrechtlichen Druck weitgehend zurückgedrängt wurde. Er untersucht die verwandtschaftlichen und territorialen Ordnungsstrukturen der nordalbanischen Gesellschaft, wie sie im Kanun nicht immer schlüssig dargestellt sind, und geht auf die Theorien zu ihrer Entstehung ein, u.a. auf die Einführung osmanischer Elemente ins Clan-System. Der Zentralbegriff der Ehre und ihre Verteidigung ist in Gesellschaften mit materieller Kargheit entscheidend.

Diese Ordnung trifft auf den noch wenig effizienten demokratischen Rechtsstaat, der von Korruption unterhöhlt wird. Demokratie wird von vielen Albanern als Abwesenheit von staatlichem Einfluss verstanden. Kriminelle Strukturen machen sich breit, die sich z.T. explizit auf den Kanun berufen. Aber auch die strittigen Eigentumsfragen nach mehreren Jahrzehnten der Bodenkollektivierung werden nach den Spielregeln des Kanun geschlichtet – oder auch nicht. Diese Regeln werden auch beim Umzug mitgenommen. Voell sprach mit nordalbanischen Großfamilien, die nach Bathore, einen Vorort im Nordwesten von Tirana, umsiedelten und ihre internen Regeln mitnahmen. Gewählte Dorfpolitiker im

Norden haben nur dann eine ernst zu nehmende Position, wenn sie ihre Großfamilie bzw. ihren Stamm hinter sich haben; außerhalb dieser Strukturen haben sie keine Durchsetzungsmöglichkeit.

Die Konfliktmediation bei Eigentumsstreitigkeiten ist extrem wichtig, da politisch 15 Jahre nach dem Systemwechsel die Frage der Ansprüche von Altbesitzern von Grund und Boden noch immer strittig ist. Erst recht ist die Vermittlung zur Beilegung von Blutrachen, bei der sich mehrere konkurrierende und zerstrittene NGOs engagieren, in Teilen des Nordens zu einer Überlebensfrage geworden. Kritik an diesen Vermittlern setzt daran, dass ihre Dienste gemäß den Vorschriften des Kanun bezahlt werden und dass sie für die Dauerhaftigkeit der Lösung nicht haften würden, da sie meist aus anderen Regionen kommen. Ihre Propaganda steht oft in keinem Verhältnis zu ihrer Wirksamkeit.

Voell sagt voraus, dass die Konkurrenz zweier Rechtssysteme noch geraume Zeit andauern wird. Der Kanun sei nicht mit den Mitteln staatlicher Repression zu beseitigen; damit seien schon die Kommunisten gescheitert. Er werde erst verschwinden, wenn sich die sozialökonomischen Bedingungen entscheidend geändert haben.

Diese Arbeit ist ein interessanter Beitrag zur Wirksamkeit vorstaatlichen und nebenstaatlichen Rechtes in einer sich modernisierenden Gesellschaft. Sie sollte von allen zur Kenntnis genommen werden, die in Albanien oder Kosovo (oder auch im Westen) mit den patriarchalischen Strukturen konfrontiert werden. Sie macht zugleich deutlich, dass der Kanun für Forscher sehr verschiedener Disziplinen ein unerschöpfliches Thema ist.

Michael Schmidt-Neke

Das Buch kann über den Lit-Vertrieb der DAFG bezogen werden.

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik sollen Veröffentlichungen angezeigt werden, für die keine ausführliche Besprechung im Rezensionsteil vorgesehen ist - Bücher ebenso wie interessante Zeitschriftenartikel, die sich mit Albanien oder albanischen Themen befassen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn eine Veröffentlichung angezeigt wird, bedeutet das weder eine Empfehlung noch, dass die Redaktion sich mit dem Inhalt identifiziert. Für Hinweise unserer Leser auf weitere Veröffentlichungen wären wir dankbar.

Stefan Dehnert: Unruhiger Kosovo: Konfliktstrukturen und Lösungsansätze. Friedrich-Ebert-Stiftung. Politikinformationen Osteuropa Nr. 120. Geheftet 22 S.

Edlira Kruja, Heinz Schrupf: Ökonomische und soziale Entwicklung Nord-Albaniens, in: Südosteuropa-Mitteilungen. 45 (2005) 1, S. 42-55

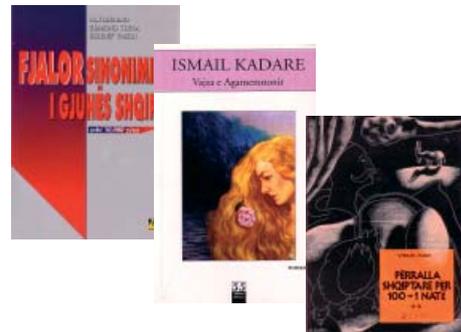
Wolfgang Petritsch, Robert Pichler: Kosovo – Kosova. Der Lange Weg zum Frieden. Salzburg 2004. Paperback 373 S. ISBN 3-85129-430-0 (trotz des ähnlichen Titels keine Neuauflage von Petritsch, Kaser und Pichler von 1999, sondern eine neue historische und politische Studie). € 19,80.

Franz Vranitzky: Politische Erinnerungen. Wien 2004. Pappbd. m. OU. 461 S. ISBN 3-552-05177-5. € 26,60 (Der von 1986-1997 amtierende österreichische Bundeskanzler berichtet u.a. über seine Vermittlungsaktion im albanischen Bürgerkrieg 1999.)

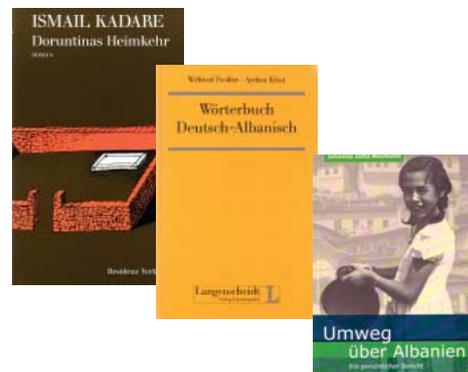
Hans-Jürgen Wirth: Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik. Gießen 2002. Paperback 444 S. ISBN 3-89806-044-6. € 24,90 (S. 284-341: Krieg im Kosovo – Massenpsychologie und Ich-Analyse)

Mechthild Yvon: Der jüdische Albanologe Norbert Jokl und seine Bibliothek – Spielball zwischen Begehrlichkeit und akademischer Solidarität?, in: Murray C. Hall, Christine Köstner und Margot Werner (Hrsg.): Geraubte Bücher – Die Österreichische Nationalbibliothek stellt sich ihrer NS-Vergangenheit. Wien 2004. Paperback 190 S. ISBN 3-01-000035-9. € 20,00 (darin S. 104-117)

Literatur aus



& über Albanien



Bestellen Sie Ihre Albanien-Bücher beim:

Literaturvertrieb der DAFG
Postfach 10 05 65
44705 Bochum

Tel: 0234 - 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: litvertrieb@albanien-dafg

Gerne schicken wir Ihnen folgende Literaturlisten zu:

- Gesamtverzeichnis
- Aktuelle Information/ Zeitgeschehen
- Belletristik
- Kultur & Geschichte
- Sprachlehrbücher/ Wörterbücher
- Allgem. Landeskunde/Reisen
- Bildbände
- Antiquariatsliste

Oder gleich online bestellen:

Riskieren Sie doch mal einen Blick auf unseren Büchershop im Internet:

www.dafg-litvertrieb.de



Machtwechsel in Albanien

Noch liegen die endgültigen Zahlen nicht vor, wie zu erwarten, versuchen die Verlierer, diesmal die Sozialisten, Neuauszählungen und Wahlwiederholungen durchzusetzen. Aber dennoch steht drei Tage nach der Wahl fest: auch in Albanien hat die Mehrzahl der Wähler für einen Wechsel gestimmt.

Die Albanischen Hefte werden erst in einer der nächsten Ausgaben, wenn die detaillierten Zahlen vorliegen und die Regierungsbildung abgeschlossen ist, eine genauere Analyse bringen. Heute, wenige Tage nach dem Urnengang, kann nur eine kurze Einschätzung erfolgen.

Sali Berisha, 1992 strahlender Wahlsieger und Hoffnungsträger, 1997 nach dem Bürgerkrieg und der Niederlage seiner Partei bei den Parlamentswahlen als autoritärer Präsident zurückgetreten, seither als Oppositionsführer zwischen Militanz und Verhandlungsbereitschaft mit seinem Intimfeind Fatos Nano von der Sozialistischen Partei hin- und herschwankend, wird wieder an die Macht kommen, diesmal als Ministerpräsident. Seine Demokratische Partei hat 55 der 100 Wahlkreise gewonnen, ihre Koalitionspartner, besonders die Republikaner von Fatmir Mediu, haben knapp die Hälfte der 40 Listenmandate geholt, was für eine Regierungsbildung rund 74 Mandate bedeutet. Die Sozialisten

haben nur 42 Wahlkreise gehalten, ihre Partner vermutlich 21 Listenmandate, was selbst unter Einschluss der von den Sozialisten abgespaltenen LSI von Ilir Meta nicht reicht.

Die Rechte und die Linke sind, wie die Listenstimmen zeigen, praktisch gleich stark. Der Schlüssel zu Berishas Wahlsieg liegt nicht in überschäumender Begeisterung für ihn und seine Partei. Zwei Dinge haben den Ausschlag gegeben:

Die Mitte-Links-Koalition unter Fatos Nano hat große Erfolge bei der wirtschaftlichen und inneren Stabilisierung des Landes erzielt, war aber nicht in der Lage, die Krankheiten der schwierigen Transition zu überwinden: Armut, Kriminalität und Korruption. Albanien ist weiterhin vor Moldavien das zweitärmste Land Europas, führt die Korruptionsindizes an und wird international noch immer mit mafia-ähnlichen Strukturen, mit Menschen-, Waffen- und Drogenhandel identifiziert. Es strebt die Integration in NATO und EU an, ist aber von den Kriterien der westlichen Organisationen noch weiter weg als sogar Serbien. Die Korruption wird mit einer Reihe sozialistischer Spitzenpolitiker, besonders Nano, verbunden, der sich Forderungen aus der eigenen Partei und aus den Koalitionsparteien immer widersetzt hatte, seinen Stuhl freizumachen. Nano hat vor

den Wahlen angekündigt, sich im Falle einer Niederlage aus der Politik zurückzuziehen. Das hatte er zwar 1998 schon einmal getan, war aber kurz darauf wieder Parteichef und seit 2002 Ministerpräsident. Er nahm als Preis für sein Festhalten an der Macht die Spaltung seiner Partei in Kauf. Die Sozialistische Integrationsbewegung (LSI) hat sich als neue Kraft in der albanischen Politik etabliert.

Wichtiger als die inhaltlichen Alternativen war auch diesmal die Wahltaktik. Die Rechte hat sich besser aufgestellt als die Linke. Sie war in der Lage, die Erststimmen auf den jeweiligen Wahlkreisbewerber der PDSH (bzw. den von der PDSH unterstützten Kandidaten einer kleinen Partei) zu bündeln. Die LSI lehnte es aber trotz aller flehentlichen Beschwörungen in der letzten Phase des Wahlkampfes ab, den jeweiligen sozialistischen Kandidaten zu unterstützen. So verwirklichte sich der Alptraum der Sozialisten: Meta gewann seinen Wahlkreis direkt, aber überall sonst fehlten die Erststimmen für den LSI-Kandidaten dem PSSH-Bewerber, so dass in der Mehrzahl der Wahlkreise der PDSH-Kandidat durchkam.

Berisha hat im Vorfeld einige hochrangige Politiker aus der Gründungsphase seiner Partei zurück gewonnen, die sich zurückgezogen oder sich der Demokratischen Allianz angeschlossen haben, wie Gramoz Pashko und Preç Zogaj. Pashko bescheinigte Berisha, er habe aus seinen Fehlern gelernt und verdiene eine zweite Chance. Es ist zu hoffen, dass Pashko damit Recht hat.

Ob sich die Sozialistische Partei in der Opposition regeneriert, hat mit zwei Personen zu tun: mit Fatos Nano und seiner Bereitschaft, die Konsequenzen aus seinem erneuten Scheitern zu ziehen, und mit Edi Rama, dem Bürgermeister von Tirana, der noch im Dezember 2003 als chancenloser Zählkandidat für den Parteivorsitz angetreten war. Er könnte bald eine neue Chance erhalten.

Michael Schmidt-Neke

Termine...Termine...Termine...**Konzerte****19.5.2005**

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Konzertsaal Händel-Karree

Tag der Albanischen Musik

10-18 Fachvorträge zur albanischen Volks- und Kunstmusiktradition mit Wissenschaftlern aus Albanien und Deutschland (Prof. Sokol Shupo, Bledar Kondi, Eckehard Pistrick, Andreas Hemming)

19.30 Konzert des ASMUS-Ensembles, Tirana mit deutschen Erstaufführungen

es erklingen Werke von Thoma Gaqi, Endri Sima, Sokol Shupo u.a.

26.6.2005

Montalbane-Festival Freyburg/Unstrut
St. Marien, Freyburg

19.00 Abschlußkonzert mit dem Polyphonen Chor „Jonianet“, Saranda: Labische Polyphonie, Tänze und Instrumentalstücke aus Südalbanien

Erster Auftritt dieses herausragenden Ensembles (Preisträger Girokastra 2000) außerhalb von Albanien

16. 6.2005

Pädagogicum Godesberg
Otto-Kühne-Schule

„Ein Streichzug aus Albanien“
Ein Konzert des Streichorchesters „Die Jungen Virtuosen von Tirana“ der Nationalen Kunstschule „Jordan Misja“/Tirana unter Leitung von Bujar Alliu

Bitte schon jetzt notieren:**Mitgliederversammlung der DAFG am 5. November 2005 (ab ca. 14.00 Uhr)**

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen
Steinstr. 48 – 44135 Dortmund

Zu der Mitgliederversammlung ist als Gast Ardian Klosi, Geschäftsführer der Deutsch-Albanischen Kulturgesellschaft „Robert-Shvarc“ aus Tirana (s.a. S. 21 f.) eingeladen, der mit uns über die Erfahrungen und Perspektiven kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und Albanien diskutieren wird.

Hinweis:

Unser Leser Albert Ramaj weist uns auf einen Irrtum in den „Albanischen Heften“ 4/2004, S. 25 hin: Der auf dem Foto mit albanischen Studenten in Graz zu erkennende Publizist Krist Maloki starb nicht in Rom, sondern in Graz.

Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt.

Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

- Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;

- Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;

- in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;

- Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;

- Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;

- die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;

- Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;

- Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;

- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Mitgliedschaft in der DAFG!

- ... •• Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.
- ... •• Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

... •• (bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
- Ich habe die Summe auf das Literatur-Konto der DAFG (Kto.-Nr. 741577-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons, Friederikastr. 97 44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Tirana; Renate Pietrek, Dinslaken; Desar Sulejmani, Essen;

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Skanderbeg GmbH, Bochum

Druck:

Digitaldruck
Gilbertdruck, Bochum

Vertrieb:

Skanderbeg GmbH, Bochum

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 10 05 65
44705 Bochum
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto - Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:

15.05.2005

Kontakt zur DAFG

**• Büro der DAFG +
• Redaktion der
ALBANISCHEN HEFTE**

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

• Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
z.Z. Tirana
e-mail: jblanken@parsh.org.al

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Stephan Lipsius
Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: rewo@cityweb.de

Xhevat Ukshini
Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
e-mail: xh.ukshini@gmx.de

•• Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin

Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg

c/o Agim Gashi
Scheenefelder Holt 2
20589 Hamburg

Kush ështëë? Ku ështëë? Wer ist's? Wo ist's?

Er war's:



Carl Ritter von Ghega (* 10. Januar 1802 als Carlo Ghega in Venedig; † 14. März 1860 in Wien); die gesuchte Bahn ist die Semmeringbahn.

Die Familie Ghega ist venezianischer Abstammung (sein Vater war österreichischer Marinebeamter). Der Name deutet sehr auf eine (allerdings umstrittene) Abstammung aus Nordalbanien.

Ghega war Ingenieur und spezialisierte sich auf Straßen und Eisenbahnstrecken, die er u.a. in den USA und Großbritannien studierte. 1842 wurde Ghega Gesamtplanungsleiter der zukünftigen südlichen Staatseisenbahn Österreichs. Sein Meisterstück war die Strecke von Mürzzuschlag über den Semmering und Graz bis nach Triest; die 42 km lange und bis zu 892 m hohe Trasse über den Semmering mit 15 Tunneln, deren längster 1.430 m lang ist, baute er in relativ kurzer Zeit (1848-54) und wurde bereits 1851 in den Ritterstand erhoben. Er plante ein Eisenbahnnetz für die gesamte Habsburger Monarchie, starb jedoch bereits 1860 in Wien an TBC.

Zur richtigen Lösung gratulieren wir Ralf Kettwig aus Österreich

Auf ein Neues:

Die Stadt, die wir heute suchen, hat rund 600.000 Einwohner. Sie ist Hauptstadt, aber nicht die eines souveränen Staates. Sie wurde von

Auswanderern gegründet, zunächst auf einer Halbinsel. Obwohl die Gründer sich kulturell sehr an ihrem Mutterland orientierten, wurde die Stadt Schauplatz eines der wichtigsten Ereignisse bei der politischen Trennung von diesem. Im 19. und 20. Jahrhundert wurde sie eines der Zentren der albanischen Einwanderung in das betreffende Land. Hier entstand ein kultureller Dachverband, der eine Zeitung herausgab und zeitweilig von einem bedeu-

tenden Literaten geleitet wurde, der auch in zwei anderen Funktionen bekannt wurde.

Wir wollen wissen: Wie heißt die Stadt, wie heißt der albanische Kulturverein und wie heißt sein „multi-tasking-fähiger“ Leiter?

Einsendeschluss ist der 31.07.2005

Lösungen erbitten wir per e-mail an: dafg@albanien-dafg.de oder per Post.

In Archiven gekramt...



Erich Andres: Schänke an der Strasse / Mittelalbanien 1931



Erich Andres: Wolle waschen im Shkodrasee - 1931



Bucht von Kakome